

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgebundene Kolon-  
gelle oder deren Raum 40 Pfg., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Berichte 20 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
(nur das erste Wort frei). Zusätze für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse  
„Socialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis vierteljährlich:  
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Voll-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Klerikale Arbeiterregeln.

Unsere Klerikale vermag, wie man weiß, niemand in der Welt an Arbeiterfreundlichkeit zu übertreffen. Wie es mit dieser Arbeiterfreundlichkeit in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt ein für die gläubige Arbeiterheerde bestimmterfogenannter „Arbeiterkatechismus“, der, in zweiter „vermehrter“ Auflage im Verlage des streitbaren Kaplans Dasbach soeben erschienen, den als „Volkschriftsteller“ bekannten Jesuiten L. v. Hammerstein zum Verfasser und eine Leuchte klerikaler Wissenschaft, den Moralphilosophen und Jesuiten B. Cathrein zum Uebersetzer hat. Wir haben nicht die Absicht, das Machwerk zu kritisieren; das ist Angelegenheit der Fülle des darin aufgestapelten Unsinn eine Unmöglichkeit. Wir beschränken uns darauf, aus den „Fragen“ und „Antworten“, aus denen dieses erlesene Produkt zusammengesezt ist, einige der marantesten wortgetreu wiederzugeben, und überlassen es im übrigen getrost unsren Lesern und allen urteilsfähigen Menschen, sich über das darin zu Tage tretende Maß frömmner Dummheit, Bosheit und wissenschaftlicher Verdrehung, Charaktertugenden, die sich in einen wallenden religiösen Talar hüllen. Da heißt es:

Frage 19: Was ist also in wissenschaftlicher Hinsicht von der Socialdemokratie zu halten? Antwort: Sie ist ein ebenso unwahres wie unwissenschaftliches System, wie ein System, welches sich z. B. darauf stützen würde, daß es keine Sonne gäbe, oder daß Amerika nicht existiere. — Frage 22: Wenn es also unwissenschaftlich ist, Gottesleugner zu sein, weshalb sind denn die Socialdemokraten Gottesleugner? Antwort: Sie sind Gottesleugner entweder aus Unwissenheit oder aus Bosheit. — Frage 23: Ist es eine schwere Sünde, Socialdemokrat zu sein? Antwort: Ja, es ist eine schwere Sünde für den, der das eigentliche Wesen der Socialdemokratie genau kennt. Denn: 1. begeht der Socialdemokrat durch seine Gottesleugnung eines der schwersten Verbrechen... 2. öffnet er, soviel an ihm liegt, allen übrigen Verbrechen Thür und Thor. Denn mit dem Leugnen Gottes, des höchsten Gesetzgebers, fällt die ganze Sittenordnung zusammen. Sobald es nämlich keinen Gott giebt, giebt es niemand mehr, welcher dem Gewissen verbieten könnte, zu lügen, zu morden, Unrecht zu treiben usw. Denn auch die Gesetze des Staates könnten uns nicht zum Gehorham verpflichten, wenn es keinen Gott gäbe, von welchem die Obrigkeiten ihre Vollmachten hätten. Daher ist die Socialdemokratie ein Verbrechen im Großen. 3. Ist jeder, der sich an der Socialdemokratie beteiligt, mit Schuld an dem unsäglichen Elend, welches die Socialdemokratie, wenn sie zum Siege käme, über die ganze menschliche Gesellschaft bringen würde.

Frage 62: Was ist zu halten von dem socialdemokratischen Grunddog: „Religion ist Privatfache“? Antwort: Dieser Grunddog ist entweder eine Heuchelei oder ein Selbstwiderpruch. — Frage 65: Wann ist der socialdemokratische Satz „Religion ist Privatfache“ ein Selbstwiderpruch? Antwort: Wenn er nicht bloß als Heuchelei aufgestellt wird, sondern ernst gemeint ist. Zu diesem Heuchelei will man nämlich die bestehenden Religionen zerstören, insofern man Socialdemokrat ist; zugleich aber will man sie nicht zerstören, sondern dulden, insofern man erklärt: „Religion ist Privatfache.“ — Frage 72: Soll der Staat diese Verbrechen (gegen die Religion) immer und in allen Fällen bestrafen? Antwort: Nein. Er soll die Bestrafung jener Verbrechen unterlassen, deren Bestrafung mehr Schaden als Nutzen würde. Es kann z. B. sein, daß die Bestrafung eines religiösen Verbrechens, z. B. der Verbreitung atheistischer Lehren, den Verbrecher in den Augen vieler gleichsam als Märtyrer erscheinen ließe und so die Gemüter darauf verbittere, daß die verderblichen Lehren nur noch mehr um sich greifen. Das ist besonders der Fall, wenn das Verbrechen als Unnahmegesetz erscheint, wie z. B. das Socialistengesetz. Dagegen wäre es sehr ratsam, daß der Staat die Verbreitung atheistischer Grunddogane ganz allgemein bestrafe, nicht bloß, wenn sie von Socialdemokraten, die meist Arbeiter sind, sondern ebenso auch, wenn sie von liberalen Redakteuren in den Zeitungen oder von ungläubigen Professoren auf dem Katheder oder von sonst immer geschieht.

Frage 93: Wie soll der Arbeiter indetreff des Länganges sorgen? Antwort: Er soll sorgen, daß die Mitglieder seiner Familie keinerlei Umgang haben mit schlechten Leuten, die keine Religion haben; er soll seine Kinder z. B. nicht mit Kindern von Socialdemokraten spielen lassen, damit sie nicht von diesen und deren Eltern schlechte Dinge hören. — Frage 100: Was ist zu halten von dem ferneren Satz: „Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lebensmittel u.“? Antwort: Dieser Satz enthält in gewissen Sinne eine Unwahrheit, zugleich aber eine Ungerechtigkeits. — Frage 101: Inwiefern enthält dieser Satz eine Unwahrheit? Antwort: Weil man gar nicht beabsichtigt, die Kinder wirklich unentgeltlich zu erziehen. Denn Lehrer und Lehrmittel sollen nach wie vor bezahlt werden; nur nicht durch das Schulgeld der Eltern, sondern aus den Steuern des Staates, zu welchen aber die Eltern doch wieder ihren Teil beitragen müssen. In Wahrheit pflegen fast nur katholische Orden unentgeltlich zu erziehen. — Frage 102: Inwiefern ist dieser Satz eine Ungerechtigkeits? Antwort: Giebt man von armen Eltern ab, die nicht im Stande sind, ihren Kindern die nötigen Lehrmittel zu verschaffen, ist er eine Ungerechtigkeits, weil auch diejenigen Steuerzahler, die gar keine Kinder haben, zu den Kosten der Kindererziehung beitragen sollen, während es doch Sache der Eltern ist, die Kosten der Erziehung und Ernährung ihrer Kinder zu tragen. — Frage 103: Wie soll der Arbeiter die Interessen des Arbeitgebers wahrnehmen? Antwort: Er soll sie wahrnehmen wie seine eignen, z. B. dadurch, daß er seine Arbeitszeit gewissenhaft ausnützt, daß er das Eigentum des Arbeitgebers (Werkzeug, Material u.) hütet, als ob er selbst der Besitzer wäre; daß er aber auch im übrigen die Interessen des Arbeitgebers vertritt, soweit es ihm möglich und moralisch erlaubt ist; daß er je nach Umständen die Veruntreuungen anderer verhindert oder sich nicht durch Unterschweigerung oder Geldhehlerien zum Mitschuldigen macht. — Frage 106: Wie soll der Arbeitgeber für das Wohl seiner Arbeiter sorgen? Antwort: Er soll für dasselbe sorgen, indem er z. B.

keine Arbeiter duldet, welche den übrigen durch schlechte Reden, durch Verbreitung schlechter Schriften oder in anderer Weise eine Verführung wären zum Unglauben, zur Unfruchtbarkeit oder zur Socialdemokratie. . .

Frage 128: Giebt es Fälle, in welchen der Arbeitgeber ohne Ungerechtigkeits einen geringeren Lohn zahlt, als der, von welchem der Arbeiter mit seiner Familie leben kann, d. h. als den Herstellungswert? Antwort: Ja. Solche Fälle treten ein, wenn durch außerordentliche Umstände, z. B. durch Arbeitslosigkeit der Tarifswert (Marktwert) der Arbeit unter den Herstellungswert herabsinkt, d. h. wenn allgemein die Arbeit nicht so teuer bezahlt wird als nötig ist, um dem Arbeiter den Lebensunterhalt zu verschaffen. — Frage 129: Hat denn nicht in allen Fällen der Arbeitgeber so viel zu zahlen, daß der Arbeiter davon leben kann? Antwort: Nein, der Arbeitgeber hat eben nur den Tarifswert, nicht den Herstellungswert der Arbeit zu bezahlen. Wenn der Tarifswert unter den Herstellungswert sinkt, so ist das ein Unglück für den Arbeiter, ebenso gut wie es ein Glück für ihn ist, wenn der Tarifswert bedeutend über den Herstellungswert steigt. . .

Frage 143: Was lehrt Karl Marx über die Entstehung des Wertes? Antwort: Er lehrt, die Arbeit sei die einzige Quelle des Wertes. — Frage 144: Was ist von dieser Lehre zu halten? Antwort: Sie entspringt dem liberalen Blauschneidertum, ist durchaus falsch und ganz dazu angehen, die Arbeiter ungerechterweise gegen die Besitzenden zu verhetzen. — Frage 145: Warum ist die Lehre falsch? Antwort: Weil tharächlich 1. auch ohne Arbeit Wert entsteht und weil 2. auch in den Fällen, in denen es zur Entstehung des Wertes der Arbeit bedarf, diese keineswegs immer die einzige Quelle des Wertes ist, indem auch andre Quellen mitwirken, den Wert zu erzeugen. — Frage 146: Wann entsteht Wert ohne Arbeit? Antwort: Er entsteht z. B., wenn jemand zufällig einen Goldklumpen findet, ein Kohlenlager entdeckt, eine wertvolle Erfindung macht; wenn man von Geburt mit einem bedeutenden Dichtertalent oder einer schönen Stimme begabt ist, mittels deren man bedeutendes Geld erwerben kann usw. — Frage 161: Weßhalb ist diese Lehre (von der Lohn-gesetz) ein Irrtum? Antwort: . . . 3. Geht, das „eherne Lohn-gesetz“ herrschte wirklich für die Arbeiter, so müßte ein ähnliches Gesetz auch für die Reichen gelten; das ist aber nicht der Fall. 1. Geht, das „eherne Lohn-gesetz“ herrschte für die Arbeiter, dann könnten die Arbeiter nie zu einigen Wohlstand, noch weniger zu Reichthum gelangen. Nun giebt es aber Zeiten und Gegenden, in welchen die Arbeiter doch jedenfalls nicht gerade in äußerster Armut leben; in vereinzelten Fällen haben sie sogar, wie Krupp, zu großen Fabrikherren sich emporgeschoben: also beruht das „eherne Lohn-gesetz“ nicht auf Wahrheit. — Frage 165: Was ist denn der Unternehmergewinn? Antwort: Er ist 1. ein Lohn für die Berechnung und die geistige Arbeit, welche der Unternehmer vornimmt; 2. eine Entschädigung für das Risiko, welches der Unternehmer sich anseht. — Frage 170: Was ist zu halten von der „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum“? Antwort: Dieser Satz enthält eine Ungerechtigkeits; und nach Umständen einen Schwundel. — Frage 171: Weßhalb enthält dieser Satz eine Ungerechtigkeits? Antwort: 1. Weil niemand, auch der Staat nicht, ohne genügenden Grund den Leuten ihr Privateigentum nehmen darf. Es liegt aber kein genügender Grund vor, alle Produktionsmittel, z. B. allen Grundbesitz „in gesellschaftliches Eigentum“ zu verwandeln, d. h. für den Staat zu konfiscieren. 2. Insofern ein Grund vorliegt, daß der Staat Privateigentum angreift, z. B. zum Zweck der Steuerzahlung, Expropriation für Wegebauten usw. verlangt die Gerechtigkeit, daß der Schaden in billiger Weise auf die Unterthanen verteilt werde. Die Konfiskation des Privateigentums bloß an Produktionsmitteln enthielte aber eine ganz unbillige Verteilung des Schadens. Also wäre sie ungerecht. — Frage 172: Warum enthielte die Konfiskation bloß des Privateigentums an Produktionsmitteln eine Unbilligkeit? Antwort: Weil kein Grund vorliegt, nur die Produktionsmittel, d. h. das produktive Kapital, und nicht auch das unproduktive zu konfiscieren. Nach dem Wortlaut des Ernter Programms müßte nämlich jedem armen Bauern sein Grundstück, jedem Schneider seine Nähmaschine, jedem Drechler seine Drehbank, jedem Fuhrmann sein Pferd genommen und „in gesellschaftliches Eigentum verwandelt“, d. h. für den Staat konfisciert werden, weil alle diese Dinge zu den „Produktionsmitteln“ gehören. Wenn aber ein reicher Herr eine wertvolle Kunstsammlung oder eine Dame einen kostbaren Diamantschmuck hätte, so würde er nicht konfisciert, da diese Dinge nicht zu den „Produktionsmitteln“ gehören, sondern unproduktives Kapital sind oder zu den Genußmitteln gehören. — Frage 173: Wann enthielte die Forderung des Ernter Programms: „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum“ einen Schwundel? Antwort: Wenn es nicht ernstlich gemeint wäre, nur das produktive Kapital zu konfiscieren; wenn diese Konfiskation vielmehr nur eine Vorstufe bilden sollte zur Konfiskation alles Privateigentums. Und daß es auch zu dieser letzteren Konfiskation käme, wenn die Socialdemokraten zur Herrschaft gelangten, das wäre jedenfalls dringend zu fürchten. Schwerlich würden die Socialdemokraten einer reichen Dame ihren Diamantschmuck von einer Million lassen, während sie einem armen Bauer oder Schneider das Eigentum an seinem ärmlichen Handwerkszeug abnahmen! Die Entschädigung läßt sich also offenbar dahin, alles Privateigentum zu konfiscieren, mit einziger Ausnahme der durch Arbeit in der Gesamtheit erworbenen Genußmittel. — Frage 177: Was versteht man unter der „kapitalistischen Produktionsweise“, welche die Socialdemokraten durch Aufhebung des Privateigentums beseitigen wollen? Antwort: Man versteht darunter eine Erzeugung von Wert mittels eines Kapitals. So ist die „kapitalistische Produktion“, wenn man Werte von seinem Hause oder Pacht von seinem Lande bezieht. — Frage 179: Aber wäre es nicht besser, wenn der Staat allein „kapitalistisch“ produzierte, als wenn Privatleute es thun? Antwort: Nein; denn es würde alsdann niemand mehr ordentlich arbeiten wollen, wenn es ihm unmöglich gemacht würde, ein Kapital zu erwerben. — Frage 185: Welche Wirkungen würde dies socialdemokratische Wirtschaftssystem haben? Antwort: Es würde folgendes bewirken: 1. Ein ganzes Heer von Beamten wäre notwendig, um in praktischer Weise einen jeden Einwohner die von ihm zu verrichtende Arbeit zuzuteilen, denselben zu beaufsichtigen, die Arbeit ihm abzunehmen und ihn nach Gebühr zu belohnen oder zu bestrafen. 2. Dieses Heer von Beamten würde „a viel Geld kosten, daß der ganze Staat

und folgeweise die ganze Bevölkerung verarmen müßte. 3. Parteilichkeit und Bestechlichkeit könnten in fürchterlicher Weise geübt werden und würden unfehlbar dann geübt, wenn, entsprechend dem Plane der Socialdemokraten, die Religion abgeschafft und als Privatfache erklärt würde. 4. Der Staat würde durch eine solche Regelung eine Produktionsgenossenschaft im großen; er würde daher an ähnlichen und vielleicht noch an größeren praktischen Missethänden leiden als die waren, an denen die Produktionsgenossenschaften, als man sie versuchte, bald dahinsiechten. 5. Insofern nicht bloß der Lohn, sondern auch die Strafe zur Arbeit treiben sollte (wie es ja bei der socialdemokratischen Wirtschaftsordnung durchaus geschehen müßte), würde der Staat gleichsam ein großer Skavenhalter und alle Einwohner würden seine Skaven. 6. Eine fürchterliche Tyrannei würde besonders dadurch geübt, daß niemand mehr seinen Beruf, seine Beschäftigung frei wählen könnte, sondern den Beruf und die Arbeit ergreifen müßte, welche der Staat oder vielmehr dessen Beamten ihm subskribierten. Der Staat könnte zum Beispiel den einen zum Kloakenreiner, den andern zum Käufer bestimmen, ohne daß der Betreffende hierüber gefragt zu werden brauchte. 7. Aus diesem Grunde würde es im socialdemokratischen Staat keine Priester mehr geben, denn im günstigen Fall würde die Religion nur als „Privatfache“ gebildet; für eine Privatfache aber würde der Staat niemand ausbilden und verwenden lassen; alle jungen Leute würden vielmehr für andre, nichtpriesterliche Berufe konfisciert werden, und das für ihr ganzes Leben, ähnlich wie man jetzt die jungen Leute für einige Jahre zum Militär konfisciert. Wenn es aber keine Priester mehr gäbe, dann würde der katholische Gottesdienst aufhören und die meisten Sakramente, insbesondere die Sterbesakramente könnten nicht mehr gesendet werden. Und wenn selbst jemand in jener freien Zeit, welche der große Skavenhalter (der socialdemokratische Staat) ihm ließe, den Priesterberuf zur Not ausüben könnte, so würde doch kaum jemand dafür sich finden. Denn alle Kinder würden ja vom Staate erzogen und zwar ohne Religion erzogen; es würde also niemand mehr auf den Gedanken kommen, Priester zu werden. — Frage 211: Ist ein Streik erlaubt? Antwort: Das hängt davon ab, ob man streikt für eine Zeit, für welche sich die Arbeiter zur Arbeit verpflichtet hatten, oder für die Zeit nach abgelaufenem Arbeitsvertrag. — Frage 212: Ist ein Streik erlaubt, wenn die Arbeit erst nach Ablauf der vertragsmäßig bedungenen Zeit, also z. B. unter Einhaltung der Kündigungsfrist, niedergelegt wird? Antwort: In diesem Falle kann er erlaubt sein. Doch kann er auch in diesem Falle unerlaubt sein, z. B. wenn durch denselben eine Erpressung geübt würde. — Frage 213: Wann wird durch den Streik eine Erpressung geübt? Antwort: Wenn die Arbeiter die Not des Arbeitgebers mißbrauchen, um irgend welche Vorteile, auf welche sie kein Recht haben, z. B. übermäßigen Lohn, von ihm zu erlangen. Es kann nämlich nicht bloß von Seiten des Arbeitgebers, sondern auch von Seiten der Arbeiter Erpressung geübt werden. Geht z. B. der Arbeitgeber hatte bestimmte Lieferungen übernommen, die er nicht einhalten konnte im Falle eines Streiks; geht die Arbeiter würden diese seine Verlegenheit benutzen, um übertriebene günstige Bedingungen von ihm zu erhalten; so wäre das eine Erpressung. (Frage 217) . . . Doch sogar in . . . Fällen, in denen keine Rechtmäßigkeit gegen den Arbeitgeber vorliegt, ist stets zu beachten, ob der Streik nicht wegen eines andern begleitenden Umstandes unerlaubt wird, z. B. weil das öffentliche Wohl darunter leidet, weil der Arbeiter den Unterhalt seiner eignen Familie gefährdet usw. Wie die Dinge im praktischen Leben liegen, wird es aber selten sein, daß ein Streik ohne zuvorige Kündigung erlaubt ist. — Die Girate dürfen genügen. Den ökonomischen Unstimm im einzelnen zu widerlegen, verlohnt sich nicht. Man bestimme nur den famosen Beweis, warum das eherne Lohn-gesetz — das ja die Socialdemokratie nicht mehr anerkennt — falsch sei, weil es dann auch für die Reichen gelten würde. Nur auf die kapitalistische Tendenz dieses christlichen Machwerks sei kurz hingewiesen. Es ist die krasseste Unternehmerranschauung, die überall hervortritt, Pfaffen und Kapitalisten sollen gleichermäßen gegen den Ansturm der Socialdemokratie gekämpft werden. Es verdient beachtet zu werden, daß die Unternehmer angewiesen werden, keinen Socialdemokraten und Ungläubigen in ihren Betrieben zu dulden. Wenn Arbeiter gelegentlich unter sich keinen „christlichen“ Streikbrecher haben wollen, so zertret die ganze katholische Presse über socialdemokratischen Terrorismus. Hier wird den Unternehmern zur Pflicht gemacht, socialdemokratische Verführer auf die Strafe zu setzen. Die Drohschüre könnte getrost von dem Centralverband und andern Scharfmachern verbreitet werden. Krassester Unternehmerrschohn ist es, was über die Erlaubtheit des Streiks gesagt wird. Der Streik ist unerlaubt unter Kontraktbruch, er ist unerlaubt, wenn er den Unternehmer in eine Notlage bringt, wenn er das allgemeine Wohl schädigt (Kohlenarbeiterstreik) und schließlich, wenn er die Existenz der Familie gefährdet. So wird der Streik an sich zugelassen, um in jedem einzelnen Falle der Anwendung als Verbrechen verpönt zu werden. Dafür aber hat der Arbeiter das Recht und die Pflicht, für seinen Arbeitgeber zu kämpfen, was das Zeug hält. Der kriegt dann wegen seiner Unternehmerrschneiderei und seines Mißto — der Arbeiter hat nach klerikaler Auffassung keine Intelligenz und kein Risiko — reichlichen Gewinn. Für die liberalen Kartellbrüder mag die Forderung inter-essant sein, daß der Unglauben allgemein unter Strafe gestellt wird. Man weiß in der That nicht, wen man mehr bedauern soll, die Hersteller derartiger Machwerke oder die Arbeiter, die veranlaßt werden, sie für ihre sauer verdienten Groschen zu kaufen. Nichts kennzeichnet mehr die innere Lebensfähigkeit einer Partei, als die Gründe, mit denen, und die Art und Weise, in der sie agitatorisch den breiten Massen gegenüber auftritt, und nichts ist typischer für die Kulturlosigkeit des Klerikalismus, als „Volks“-schriften vom Schlage jenes frommen Jesuitenprodukts.



# Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März.

Sonntag, der 17. Mai,

soß, so wird uns mitgeteilt, der Termin der Reichstagswahlen sein. Um diesen Termin zu ermöglichen, soll man beabsichtigen, die Wählerlisten schon während der Osterferien auszuliegen zu lassen. Daß die Wahlen jedenfalls schon im Mai stattfinden werden, erscheint kaum mehr zweifelhaft. Der oben angegebene Termin kann innegehalten werden, wenn bereits Ostern die Wählerliste ausliegt; denn vier Wochen nach Beginn der Auslegung kann die Wahl erfolgen und innerhalb 22 Tagen muß die Wählerliste endgültig abgeschlossen werden.

Es ist unverständlich, warum die Regierung immer noch mit der offiziellen Bekanntmachung des Wahltermins zögert. Will sie etwa die Socialdemokratie überrumpeln? Das wäre eine merkwürdige Selbsttäuschung. Die Socialdemokratie ist immer und zu jeder Stunde bereit. Man hat auch mit Recht darauf hingewiesen, daß die Wählerlisten gar nicht richtig aufgestellt werden können, bevor der Wahltermin bekannt ist; denn es muß ja jeder in ihnen aufgenommen werden, der bis zum Wahltage — so war die bisherige Praxis — das 25. Jahr abgeschlossen hat. Ohne Kenntnis des Wahltages ist das nicht möglich.

Wenn diesmal zum erstenmal ein Sonntag als Wahltermin bestimmt werden sollte, so würde auch bei uns nur Uebung werden, was in anderen Ländern längst Rechts ist. Abgesehen von den praktischen Rücksichten, erfordert es die Würde der Ausübung der höchsten politischen Pflicht, daß sie an einem Tag der Arbeitsruhe erfolgen kann.

Die Regierung wird mit der Bekanntgabe des Termins nun nicht mehr zögern dürfen. Jedenfalls wird man gut thun, mit dem 17. Mai zu rechnen!

## Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause wählte am Freitag den Abg. Dr. Porisch (C.) an Stelle des verstorbenen Freiherrn v. Heereman zum ersten Vicepräsidenten und nahm hierauf den Gesuchentwurf betr. die Landesstraßen in dritter Lesung unverändert an. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Eisenbahn-Verstaatlichungsvorlagen. Es handelt sich um den Erwerb der ostpreussischen Südbahn, der Marienburg-Mlawka, der Alttdamm-Kolberger, der Küstern-Stargarder, der Kiel-Gdarnförde-Flensburger und der Dortmund-Gronau-Enschede Bahnen. Die Breslau-Warzhauer Bahn, die die Regierung gleichfalls anzukaufen wünschte, ist in der Vorlage nicht enthalten, da die Gesellschaft zu hohe Forderungen stellte. Im Princip erklärten sich die Redner aller Parteien für die in Aussicht genommenen Verstaatlichungen, doch wurde von den meisten Rednern die Abfindung, die die Aktionäre der ostpreussischen Südbahn erhalten sollen, als viel zu hoch bezeichnet. Nach der dem Gesuchentwurf beigegebenen Begründung stehen sich nämlich die Aktionäre bei der vertragmäßigen Vereinbarung um 675 000 M. besser als im Falle der Expropriation. Diese Summe müssen natürlich die Steuerzahler aufbringen. In der Budgetkommission, der die Vorlagen überwiesen wurden, wird die Regierung die Gründe für ihre Freigebigkeit angeben müssen. Ob sie durch den Erwerb der ostpreussischen Südbahn finanzielle Vorteile erzielt, wird in der Hauptsache von der Gestaltung des deutsch-russischen Handelsvertrages abhängen, da diese Bahn in erster Linie die Getreidezufuhr aus Rußland vermittelt.

In letzter Stelle beriet das Haus die Sekundärbahn-Vorlage weiter. Die belanglose Debatte wurde auf Sonnabend vertagt.

## Die Vergewaltigung des Koalitionsrechts durch den Norddeutschen Lloyd

wurde am Mittwoch in der Sitzung der Bremer Bürgerchaft durch unseren Parteigenossen Ebert zur Sprache gebracht. Klar und bestimmt bezeichnete Ebert die Maßnahmen des Lloyd als das was sie sind: Ein brutales Attentat auf das Koalitionsrecht. Es ist recht bezeichnend, daß ein Teil der Bürgerchaftsmitglieder durch Bravo-rufe, die dem Vorgehen des Lloyd galten, sich zu Mitschuldigen des Attentats machten, indem sie es gutheißten, daß eine großkapitalistische Unternehmung ohne Scham und Scheu Recht und Gesetz mit Füßen tritt. Etwas anders als eine schamlose Mißachtung des Gesetzes ist es doch nicht, wenn die Direktion des Lloyd Maßnahmen trifft, welche die organisierten Arbeiter von ihrem Betriebe für immer ausschließen sollen, wenn sie sich sogar schriftlich beschleunigen läßt, daß die Arbeiter, auch wirklich aus dem Verbände ausgetreten sind, und sich noch obendrein die Mitgliedsbücher aus-händigen läßt, um ganz sicher zu sein, daß die wider Willen Aus-getretenen mit der Organisation gebrochen haben.

Die Direktion des Lloyd ist sich der Anständigkeit ihres Vorgehens wohl bewußt. Als die ersten Maßnahmen organisierter Arbeiter erfolgten, und eine Kommission der letzteren eine Unter-handlung mit der Direktion nachsuchte, da behauptete die Direktion, sie habe mit der ganzen Angelegenheit nichts zu thun, sie gebe nur den Herrn Hinz — der allerdings der unmittelbare Arbeitgeber der Hafenarbeiter ist — an. Damals scheute sich also die Direktion noch, sich offen zu den Vergewaltigungen des Koalitionsrechtes zu bekennen. Inzwischen ist das Attentat gelungen. Eine große Zahl von Arbeitern hat sich — es ist zu be-dauern, aber wohl zu begreifen — durch eine nur allzu deutliche Drohung mit der Hungerpeitsche einschüchtern lassen. 1100 Arbeiter sind aus dem Verbände ausgetreten. Der Lloyd glaubt, nun sei die Organisation zerstört, er läßt die Maste fallen, verkriecht sich nicht mehr hinter den von ihm abhängigen Hinz und zeigt sich der Welt als der brutale Großunternehmer, der, um seine Geschäftsinteressen bis zum äußersten wahrzunehmen zu können, die von ihm beschäftigten Arbeiter in ein Hörigkeitsverhältnis zwingt.

Wie wir schon kürzlich mitteilten, ist die auf den unverfälschten Scharfmacherton gestimmte Presse des Klubs voll über die schändlichen Maßnahmen des Lloyd. Anders die liberale Presse. Das „Berl. Tageblatt“ hat Bedenken gegenüber dem Vorgehen des Lloyd. Nicht etwa deshalb, weil das Blatt die Vergewaltigung der Arbeiterorganisation für ein Unrecht hält. So weit schwingt sich der bürgerliche Liberalismus nicht mehr auf. Dem „Berliner Tageblatt“ erscheint der Kampf des Lloyd gegen die organisierten Arbeiter nicht klug. Es ist ein Kampf um die Macht zwischen dem Lloyd und dem Hafenarbeiter-Verbande — meint das „Berliner Tageblatt“ — ein Kampf, der auf dem Rücken des Liberalismus ausgefochten wird, und anscheinend zum Nachteil des Liberalismus. Darüber ist sich das „Berliner Tageblatt“ klar, daß die Provokationen des Lloyd eine große Erbitterung unter den Arbeitern der Unterwerfer-Orte hervorrufen müssen, und daß die

Arbeiter dieser Stimmung Ausdruck geben, indem sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl in noch stärkerem Maße wie früher für die Socialdemokratie stimmen.

Diese Annahme dürfte zweifellos richtig sein. Der Rot ge-hörig haben die Arbeiter zwar ihren Verband verlassen. Das äußere Band, welches sie mit ihren Klassegenossen zusammenhielt, haben sie unter dem Zwange der Verhältnisse gelöst. Den inneren Zusammenhang mit den klassebewußten Arbeitern und mit der Partei, welche deren Interessen vertritt, kann keine Gewaltthat der Unterwerfer lösen. Es ist sicher, daß die Arbeiter gerade durch das Attentat des Lloyd noch fester an die Socialdemokratie geschmiebet worden sind und daß sich auch denen, welche bisher politisch indifferent waren, die Augen geöffnet haben. Wenn man die Dinge so betrachtet, dann dürfte der Sieg, den der Lloyd anscheinend jetzt erfochten hat, zu einer Niederlage des Liberalismus insofern führen, als der Bremer Wahlkreis, den jetzt der Abg. Frese von der freisinnigen Vereinigung vertritt, bei der bevorstehenden Wahl in die Hände der Socialdemokratie übergeht. Das ist um so sicherer zu erwarten, als bei der vorigen Wahl den 20 000 freisinnigen Stimmen 18 000 socialdemokratische Stimmen gegenüberstanden. So viel Stimmen, wie uns an der Mehrheit fehlen, hat der Lloyd durch seine Gewaltthat jedenfalls für uns gewonnen, und sein „Sieg“ wird ihm deshalb keine Freude machen. —

## Die russische Polizei-Internationale.

Der Freiherr v. Nischhofen hat im deutschen Reichstage, als über die niederträchtige unter der Form der Ausweisung erfolgte Auslieferung des Russen Kalajew verhandelt worden, mit christlichem Gleichmut zugestanden, daß Rußland in Deutschland und anderswo Polizeistationen unterhält und bei seiner Verfolgung der Revolutionäre überall hilfsreich gefördert wird. Es ist nach den Erklärungen des deutschen Staatssekretärs auch zweifellos, daß zwischen Rußland, Deutschland und anderen Mächten geheime Abmachungen bestehen, die unter der Maske der Bekämpfung des Anarchismus bezwecken, Väterchen in seiner Meinschensjagd auf die russischen Empörer die notwendigen Freier zu stellen.

Nach Deutschland kommt jetzt Italien in die Lage, zu beweisen, ob es auch nur ein Vasallenstaat des Zarismus ist, der sich herbeiläßt, schmutzige Schargendienste wider die Befreiung des russischen Volkes auf Geheiß seiner Feinde zu leisten.

Wir berichteten bereits von der Verhaftung des russischen Studenten Golz in Italien. Man besaß die ihn der Mitschuld an der Ermordung Spjagins und erklärte ihn für einen Anarchisten, obwohl es in Rußland gar keine Anarchisten giebt. Es sollen auch bei ihm Papiere beschlagnahmt worden sein, die mehrere russische Familien kompromittieren könnten.

Gegenüber den russischen Spionen, die die Auslieferung Golz's unter dem Vorgeben, er sei ein Anarchist, betreiben, können wir authentisch feststellen, daß Golz niemals mit dem Anarchismus etwas zu thun gehabt hat; er ist stets Socialist gewesen.

Seine Auslieferung wäre gleichbedeutend mit einem Justizmord: ihn erwartet in Rußland mindestens lebenslänglicher Kerker in Schlüsselburg. Er hatte bereits wegen seiner politischen Thätigkeit in den vier Jahren des vorigen Jahrzehends etwa zehn Jahre Katorga (Zwangsarbeit, Zuchthaus) überstanden.

In Neapel befand er sich auf einer Erholungsreise mit seinem aus Rußland zugereisten alten Vater, einem ganz „legalen“ russischen „Unterthanen“.

Wir möchten doch der italienischen Regierung zutrauen, daß sie sich nicht des bei allen gestüteten Völkern für besonders ruchlos geltenden Verbrechens schuldig machen wird, politische Kämpfer an die „Nacht der Finsternis“ anzuliefern. Wie immer auch die Abmachungen über den Anarchismus lauten mögen, Golz ist kein Anarchist und war nach zaristisch er Anschauung ein „gefährlicher“ Mensch. —

## Deutsches Reich.

### Wahlvorbereitungen.

Die Nationalliberalen stellen in Berlin keine Kandidaten auf. Sie werden gleich im ersten Wahlgange gegen den gemeinsamen Gegner, die Socialdemokratie, stimmen. Dieser Beschluß wurde vorzugsweise gefaßt mit Rücksicht darauf und unter der Bedingung, daß die nationalliberalen Kandidaten in Karlsruhe (Wassermann), Kassel, Magdeburg, Frankfurt a. O. von den Freisinnigen unterstützt würden.

Eugen Richter im Kartell der Ordnungsparteien! —

Von einem konservativ-nationalliberal-bündlerischen Kartell berichtet die „Korrespondenz für Centrumsblätter“. Das soll bezwecken, das Centrum in Bayern, Baden, Hessen und den Regierungsbezirken Kassel, Wiesbaden, der Rheinprovinz und Westfalen zu belästigen.

Die „Korrespondenz“ hat dies Märchen erfunden, um das intime Ordnungskartell-Verhältnis zwischen Centrum, Konservativen und Nationalliberalen zu verschleiern, ein Kartell, das auf dem konservativen Delegiertentage noch eben zustande wurde. Das Centrum möchte immer noch ein wenig als rechtsfeindliche Oppositionspartei erscheinen, daher die Erfindung des antiklerikalen Kartells, das in Wirklichkeit nicht existiert.

Konservative und Bündler. Schweinburg klagt, wenn es den konservativen Ernst mit dem auf ihrem Delegiertentage proklamirten Kampfe gegen die Socialdemokratie sei, so müßten sie auch den Sonderbetreibungen des Bundes der Landwirte entgegenreten. Das sei aber nicht geschehen.

Schweinburg spiegelt Regierungshoffnungen. Die Konservativen werden sich aber hüten, mit dem Bunde zu brechen, ohne den sie gar nichts mehr sind. —

Die Liebermänner haben einen Wahlaufauf erlassen, in dem sie erklären, sie wollten nicht als Kartellbrüder zu Gunsten irgend-welcher Nischmachskandidaten, sondern als rüdgastartige, lampf-welchige Männer das deutsche Volkstum vom Judentum, der Socialdemokratie und den Auswüchsen des Kapitalismus befreien.

Die Liebermänner — auch Deutschsocialisten genannt — sind lediglich angestellte Agenten des Bundes der Land-wirte. —

Christlichsocialen und Konservativen haben ein Wohlkompromiß abgeschlossen. Die Stöderaner verzichteten auf ihre Forderung betreffend die Wahl des Hofpredigers a. D. D. Stöder bei der Landtagswahl in Minden-Lübbecke. In diesem Wahlkreise messen beide Parteien bei der Reichstagswahl ihre Kräfte. In Halle-Perford unterstützen die Konservativen den christlichsocialen Kandidaten, in Viefelsfeld-Wiedenbrück dagegen die Christlich-socialen den konservativen Kandidaten.

### Verurteilung der Kommissionsberatungen über die Krankenkassen-Rovelle.

Am Freitag beendete die Krankenkassen-Kommission die zweite Lesung der Rovelle.

Von den in erster Lesung seitens der Socialdemokraten gestellten Anträgen nahm der Abg. Raab (Antif.) den auf Versicherung aller Handlungsgehilfen auf. Sein Antrag teilte das Schicksal fast aller Verbesserungsanträge: er wurde abgelehnt. Bezüglich der Heimarbeiter, für deren Versicherungs-pflicht Abg. Albrecht warm eintrat, anerkannte der Staatssekretär das dringende Bedürfnis obligatorischer Versicherung, indes händen organisatorische Schwierigkeiten der Regelung noch entgegen. Die Versicherungspflicht der Landarbeiter hatten die Socialdemokraten in erster Lesung vergeblich beantragt. In der

zweiten beantragten sie, wenigstens den im Jahre 1882 auf An-regung eines Konservativen in der Kommission und in der zweiten Beratung angenommenen, auf Betreiben des Centrums und der Konservativen aber in dritter Lesung gefälligen § 1a einzuführen. Danach sollen Landarbeiter versicherungspflichtig sein, falls nicht die Gemeinde oder der weitere Kommunverband mit Genehmigung der höheren Aufsichtsbehörde die Versicherungspflicht beschließt. Der Staatssekretär wies auch hier auf organisatorische Schwierigkeiten hin. Insbesondere die Verhältnisse des an Bevölkerungszahl, an Ver-lehrsmitteln und Aertzen ärmeren Ostens würden wohl eine Ver-sicherungspflicht der Landarbeiter ohne Ausdehnung des Krankenlassen-zwangs und vielleicht der Verpflichtung Krankenbauern zu bauen nicht zu-lassen. Zutreffend sei, daß die Abwanderung vom ländlichen Osten in die Industriebezirke des Westens sich auf die Dauer nur dadurch hindern ließen, daß man den Landarbeiter dem industriellen gleichstelle. Schließlich werde man die Krankenversicherung für den Landarbeiter einführen müssen, aber auf einer anderen Basis. Der Antrag der Socialdemokraten wurde abgelehnt.

In den Mindestleistungen der Gemeinde-Krankenver-sicherung ist von der Rovelle eine Wöchnerinnen-Unter-stützung nicht aufgeführt. Die Socialdemokraten (Albrecht, Stadthagen, Jabeit) verlangten in die Reihe der Minimal-leistungen sechswochentliche Wöchnerinnen-Unterstützung und Sterbegeld aufzunehmen. Es gebe in Preußen 1761 Gemeinde-Krankenversicherungen mit 425 163 Mitgliedern, Bayern habe gar 4127 Gemeinde-Krankenversicherungen mit 606 261 Versicherten, während es insgesamt nur 4568 Kassen-einrichtungen mit 887 608 Mit-gliedern habe. Die so versicherten Arbeiter weit schlechter zu stellen, sei um so ungerechter, als ja den Arbeitern fast kein Ein-fluß auf Befestigung dieses Versicherungsartikels durch Orts-Krankenkassen zustehe. Zudem verlange die Rovelle 50 Proz. Beitragserhöhung, gewähre aber den Kassenversicherten höchstens für 20 Proz. Verbesserungen. Die Wöchnerinnen bedürfen, wie das ja durch die für die Orts-Krankenkassen er-lassene Vorschrift anerkannt sei, dringend des Schutzes. Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen den Antrag mit Rück-sicht auf die schlechte Finanzlage einiger Gemeinde-Krankenver-sicherungen und Gemeinden. Gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten wurden die socialdemokratischen An-träge abgelehnt. Dasselbe Schicksal teilte ein Antrag, die Gemeinden zu ermächtigen, dieselben Erhöhungen und Erweiterungen der Mindestleistungen zu beschließen, die die Orts-Krankenkassen be-schließen können.

Ebenso mißlangen die Versuche, die zu § 35 und § 42 in erster Lesung angenommenen Beschränkungen der Selbst-verwaltung oder wenigstens den Kautschulbegriff „große Pflichtverletzung“ zu entfernen. Ja noch mehr: in diesem letzten Stadium der Beratungen wurde die Kommission mit einem neuen Antrag auf Beschränkung der Selbstverwaltung überfallen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Socialdemokraten und eines Nationalliberalen angenommen. Den Ueberfall leitete der Centrums-Abgeordnete v. Savigny ein. Er beantragte plötzlich zu § 42 einen neuen Absatz, der vorschreibt: „Die Kasse hat eine Dienstordnung zu be-schließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und die allgemeine An-stellungsbedingungen der Kassenbeamten geregelt werden. Die Dienstordnungen unterliegen der Genehmigung der Aufsichtsbehörden.“ Antragsteller bezieht sich zur Begründung dieses Antrages auf eine Eingabe der Kassenbeamten um Einführung von Dienstordnungen. Der Vorschlag entspreche dem § 48 des Unfallversicherungsgesetzes. Ihm wurde entgegengehalten: diese Angelegenheit gehöre sicher nicht in dies sogenannte Notgesetz, wenn dessen Zweck in der That die Anhebung der Versicherungs-pflicht von 13 auf 20, der Wöchnerinnenunterstützung auf sechs Wochen und der Befestigung der Ausnabestellung der Ge-schlechtskrankheiten sei. Wohl aber passe dieser Vorschlag durchaus in das Gesetz hinein, wenn der Zweck der Rovelle die allmähliche Befestigung der Selbstverwaltung, die Erziehung der Kassenbeamten und Vorstände durch Militär-anwärter und eine noch stärkere Abwägung der Armenlasten auf die Schultern der Arbeiter hin. Die Eingabe der Beamten verlange etwas völlig andres, nämlich die Einsetzung einer aus Kassenmitgliedern und An-gestellten zusammengesetzten Reichsbehörde und die Einrichtung von Seilschneidern zur Erledigung von Streitigkeiten. Der von Savigny ge-machte Antrag beschränke nicht, sondern beseitige geradezu die Selbst-verwaltung. Der Vergleich mit der Unfallversicherung treffe durch-aus nicht zu, weil die Funktionen und die Stellung der Berufs-genossenchaften völlig andre seien. Dort habe das Reichs-Versicherungsamt, dem kein Eingriffrecht zustehe, Dienstordnungen zu genehmigen usw. usw. Wenn der Antragsteller und sein Partei-freund Trimborn hervorheben, es werde ja nicht die Anstellung selbst, sondern nur die allgemeine Dienstordnung der Genehmigung unterworfen, so sei das ein recht schlechter Trost. Wie siehe es denn, wenn die Be-hörde nicht genehmige, weil ihr § 42 die Anstellungsbedingungen nicht passen? Dann erkläre sie sich schlichtlich; die Kasse verweigert die ihr obliegende gesetzliche Pflicht, eine Dienstordnung zu erlassen; deshalb schreite ich auf Grund des § 45 Absatz 5 ein und erlasse selbst eine Dienstordnung, in die dann vielleicht unter den Anstellungs-beingungen hineinkommt: Militär-anwärter-Qualität, konservativse Gefinnung, oder was sonst dem Beamten der Aufsichts-behörde gerade paßt. Eine solche Befestigung des Selbstverwaltungs-rechts sei ein Faustschlag gegen die Proteste der 1200 Kassen-delegierten, eine die Interessen der Arbeiter schwer schädigende Maß-regel, eine behördliche Vorkommung der Arbeiter, die aus der Mitte des Parlaments in ähnlicher Weise denn doch noch nie angeregt worden sei. Wenn eine solche Vorbeschrift in letzter Stunde vorgelegt werde, so zeige dies deutlich, wohin die Reise geht, was die Vorlage bezweckt. Der Antrag v. Savigny wurde mit 9 Stimmen (Centrum, Freikonservative, Nationalliberale — die Konservativen fehlten bei der Abstimmung) angenommen. Die Regierung schickte sich über den zur Erdoberflung der Selbstverwaltung be-stimmten Antrag des Centrums aus.

Die Ausführungsbestimmungen zum Sühstoffgesetz vom 7. Juli 1902, die der Bundesrat am 5. März 1903 beschlossen hat, werden im Centralblatt für das Deutsche Reich bekannt gemacht. Zur Her-stellung von Sühstoff ist unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs die Sacharinfabrik Altinggesellschaft vorm. Fabbrer, List u. Co. in Salsö-Bessterbüden ermächtigt worden. Der höchste zulässige Preis für ein Kilo raffiniertes Sacharin, der von inländischen Abnehmern gefordert werden darf, ist auf 30 M. festgesetzt. Die unter Ver-wendung von Sühstoff hergestellten Nahrungs- oder Genussmittel dürfen zum Wiederverkauf nur an Apotheken, im übrigen nur an solche Abnehmer, welche derart zubereitete Waren ausdrücklich ver-langen, und nur in äußeren Umhüllungen oder Gefäßen abgegeben werden, welche an in die Augen fallender Stelle die deutliche, nicht vertuschbare Inschrift tragen: „Mit künstlichem Sühstoffe zubereitet. Wiederverkauf außerhalb der Apotheken gesetzlich verboten.“ —

Eine Arbeiterkündigung nach Krupp'schem Muster beanstandete die bekannte Glasfabrik vorm. F. Siemens in Dresden. Diese Firma ist seit vielen Jahren durch brutale Unterdrückung des Koalitionsrechtes der Arbeiter bekannt, sie ist ebenso bekannt durch Löhne, die schon manchen ihrer Arbeiter nötigten, öffentliche Armen-unterstützung in Anspruch zu nehmen, so daß sich selbst die dabei interessierte Gemeindevertretung von Lübtan bei Dresden mit diesen Zuständen beschäftigen mußte; auf dem Gewerbegericht ist die Firma wie zu Hause. Die wiederholte öffentliche Kennzeichnung der Firma hat diese auf den Gedanken gebracht, die „freiwilligen“ Arbeiterkündigungen der Krupp'schen Fabriken nachzuahmen und wir konnten schon anfangs dieses Monats mitteilen, wie die Kündigung gemacht wird. Eine von der Fabrik redigirte Erklärung wurde den Arbeitern zur Unterchrift vorgelegt mit der frechen Drohung: „Dem seine Existenz und seine Familie lieb ist, der unterschreibe.“

Diese Kündigung ist am vergangenen Sonntag, unterschrieben von 438 „älteren Arbeitern“, in den „Dresdener Nachrichten“ ver-



Öffentlich worden und heute fällt das „Berliner Tageblatt“ auf dieses Nachwerk herein und bezeichnet es als eine „gegen die Verhütung der Arbeiter und Arbeitgeber, wie sie von der Socialdemokratie betrieben wird“, gerichtete Mordanschlag. Die Firma Siemens wird dabei zu einem humanen und verständigen Arbeitgeber; ein Hohn auf die Wahrheit, der so arg ist, daß wir ihn in diesem Fall doch nur auf die grobe Unkenntnis der Moskauer setzen möchten.

Mit diesen Zwangsumgebungen erreicht das Unternehmertum den Gipfel seiner Unterdrückung. Selbst, daß noch kein Staatsanwalt daran gedacht hat, dieses jetzt modern gewordene Verfahren unter dem Gesichtspunkt der Expression zu betrachten. Wenn Arbeiter einen Unternehmer zwingen würden, unter Androhung wirtschaftlicher Vorteile einen Nevers zu unterschreiben, in dem er sich für einen Betrüger und Lumpen erklärt, so würde er wohl bei der Hand sein.

**Wahlungen der Einzelstaaten.** Aus G o t h a wird telegraphiert: In der Sitzung des gemeinschaftlichen Landtages der Herzogtümer Koburg und Gotha wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche besagt, die herzogliche Staatsregierung möge ihren Bevollmächtigten zum Bundesrat anweisen, der weiteren Erhöhung der Reichsausgaben entgegenzutreten, auf jede Ersparnis in den bisherigen Ausgaben Verzicht zu nehmen und endlich die anderweitige Regelung der finanziellen Beziehungen des Reichs zu den Einzelstaaten fortgesetzt anzugehen und zu betreiben.

So lange die Bundesratsmitglieder sich jeder militaristischen und weltpolitischen Laune der Berliner Regierung demütig unterwerfen, bleiben alle solche Wünsche aussichtslos. Es ist die Volkstheil der einzelstaatlichen Regierungen, die sich jetzt fühlbar macht.

## Ausland.

### Zur Lage in Holland.

Die Regierung hat sich nunmehr tatsächlich entschlossen, die Milizen der Jahresklassen 1900 und 1901 weiter — „so lange wir das für ratsam halten“ — unter den Fahnen zu behalten. Um die steigende Unzufriedenheit der Milizen zu bestrafen, verlegt die Truppenteile aus größeren Städten in kleinere Garnisonen.

Wie weit die Unzufriedenheit unter dem Militär und besonders unter den Milizen um sich greift, geht, wie uns unser holländischer Korrespondent schreibt, aus den Mitteilungen aus Bergen-op-Zoom hervor, die in verschiedenen Märgen bestätigt werden und welchen zufolge letzten Sonntagmorgen ein Teil der dortigen Garnison, ungefähr fünfzehnhundert Mannschaften, in dem benachbarten Walde nach mündlicher Abrede eine Versammlung hielt. Posten waren aufgestellt zur Vermeidung von Ueberumpelung und die ganze Sache, von der niemand außer den Beteiligten eine Ahnung hatte, kam den Offizieren erst zur Kenntnis, weil zwei Feldwebel zufällig im Walde spazieren gingen und dort auf die von ihren Posten benachrichtigte große Anzahl Soldaten stieß. — Montag kamen die Milizsoldaten wieder auf dem Marktplatz zusammen, worunter auch Unteroffiziere der Miliz; sie gingen mit den Händen in den Taschen an ihren Offizieren vorbei. — (Dies kann man übrigens auch in den Straßen Amsterdams täglich bemerken.) — Heute wird ein Teil der erwähnten und am meisten lästig erscheinenden Truppen von Bergen-op-Zoom nach den Forts zu Nieuwerfuis gefandt, um sie unschädlich zu machen.

## Dänemark.

Der Wahlsieg der Antisocialisten bei der Kommunalwahl in Kopenhagen hat für die Verwaltung und Leitung der Kommune keine praktische Bedeutung. Die Socialdemokraten bilden auch jetzt noch mit den Liberalen zusammen eine demokratische Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung und haben außerdem seit der letzten Kommunalwahl und Bürgermeisterwahl die Mehrheit im Magistrat. Ihre Parteigenossen haben durch die Wahl keinen Verlust an Mandaten erlitten, sie sind sogar dadurch die stärkste Partei in der Gemeindeverwaltung geworden. Die 2 socialdemokratischen Kandidaten sollten den Ersatz für die Mandate des zum Ratmann gewählten Genossen B. Stubben und des zum Bürgermeister gewählten Genossen J. Jensen bilden. Die Parteistellung in der Stadtverordneten-Versammlung Kopenhagens ist jetzt folgende: 19 Socialdemokraten, 14 Liberale und 8 Antisocialisten (die 7 Gewählten und ein Ueberläufer von den Liberalen.)

Die Antisocialisten haben bei dieser Wahl eine außerordentliche Agitation entfaltet und damit bereits vor einem halben Jahr begonnen. Das Gruselgemache vor dem Socialismus, wozu selbstverständlich die Wahl des socialdemokratischen Bürgermeisters einen neuen Anlaß bot, spielte hierbei die Hauptrolle. Am Tage vor der Wahl hatten sie acht Arbeitelose genietet, die in den Straßen mit einem großen Plakat herumgehen mußten mit der Aufschrift:

„Jeder, der verhindern will, daß Kopenhagen eine socialistische Kommune wird, tritt an und stimmt für die Liste der Antisocialisten. Trete an und stimmt!“

Die Wahlbeteiligung war außergewöhnlich stark, etwa 70 Proz. Der Umstand, daß in den letzten Jahren der Sieg der demokratischen Liste so sehr leicht wurde — sie siegte im vorigen Jahr mit 13 100 gegen 6091 Stimmen — wird viel dazu beigetragen haben, daß mancher unserer Wähler glaubte, es käme auch diesmal nicht auf seine Stimme an. Der Ausschall der Wahl, der natürlich nur auf Grund des 1000 Kronen-Census möglich war, wird eine gute Lehre für die nächsten Wahlen bilden. Daß die Wahl unter der Devise des „Antisocialismus“ von den Gegnern gewonnen wurde, ist ein Beweis für den wachsenden Einfluß unserer Genossen in der dänischen Hauptstadt.

## Schweden.

Die Kommunalwahlen in Stockholm, die am 23. März beendet wurden, haben zu keinen weiteren Siegen für die Socialdemokratie geführt; Ernst Blomberg wird also vorläufig der einzige Vertreter der Arbeiterschaft in der Stockholmer Gemeindeverwaltung bleiben. Die Wahlbeteiligung war außergewöhnlich stark, im dritten Wahlkreise wurden zum Beispiel ca. 80 000 Stimmen gegen nur 18 000 im vorigen Jahre abgegeben. Dort blieb unser Parteigenosse Tengdahl mit 37 379 für ihn abgegebenen Stimmen in der Minorität, während der ihm zunächst stehende gewählte Kandidat 38 315 St. erhielt. Im fünften Wahlkreise erhielt unser Parteigenosse Franzon 11 108 Stimmen und der mit der geringsten Stimmenzahl gewählte Kandidat 23 850. Im allgemeinen kann man, nach den für die Arbeiterlandtags abgegebenen Stimmen zu urteilen, annehmen, daß die Socialdemokratie im nächsten Jahre trotz der erbärmlichen Wahlrechtsverhältnisse mit noch größerer Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf treten kann.

## England.

**Fortsetzung der Liberalen.** London, 27. März. In Ebertsch wurde bei der Erbschaftswahl für das verstorbenen Mitglied des Unterhauses Leigh-Bennett (L) der konservative Moser mit 5700 Stimmen gegen Longman (Lib.) gewählt, welcher 4720 Stimmen erhielt. Im Jahre 1900 hatte die Mehrheit für den konservativen 2287 Stimmen betragen.

## Afrika.

Eine interkoloniale Konferenz, welche dieser Tage in Bloemfontein stattgefunden hat, endete mit der Unterzeichnung eines Protokolls, welches die Delegierten der Kapkolonie, Natal, Transvaal, Orange und Rhodesien, wonach den englischen Waren eine bevorzugte Stellung eingeräumt wird.

## Parlamentarisches.

Die Finanzkommission des Herrenhauses schloß Freitagvormittag die Beratung des Etats beim Etat der Eisenbahnenverwaltung fort. Minister der öffentlichen Arbeiten wurde wiederholte auch den Mitgliedern des Herrenhauses die Programmrede, die er nun schon der Budgetkommission und dem Plenum des Abgeordnetenhauses gehalten hat. Neu war die Mitteilung, daß für einige bestimmte Strecken die Züge mit elektrischer Beleuchtung versehen

werden und daß die Versuche mit elektrischem Antrieb auf der militärischen Schneebahn nach Joffen in verstärktem Maße fortgesetzt werden sollen. Bessere Zugverbindungen sollen mit Oestreich und Rußland geschaffen werden.

## Partei-Nachrichten.

Die **Waisen-Zeitung**, reich illustriert, erscheint wie alljährlich auch diesmal im Verlage der Parteibuchhandlung Vorwärts. Die Illustrationen sind von hervorragenden Künstlern ausgeführt, die Artikel von bekannten Schriftstellern unserer Partei verfaßt, so daß der Verlag hofft, mit dieser Nummer den Verfall der Parteigenossen zu finden. Bestellungen sind bis zum 6. April an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, aufzugeben.

Die **Berichtigung der Socialdemokratie** durch den Gelehrten des Centralverbandes deutscher Industrieller. Herausgegeben im Auftrage des Parteivorstandes.

Zur Berichtigung der deutschen Arbeiterbewegung, gegen ihre Lohnkämpfe und ihre Bemühungen zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, hat der 12 000 Mark-Verband den Agitator der Freisinnigen, Fränkl, gewonnen, und dieser hat unter dem Namen Bürger in seiner Schrift „Socialer Thatsachen und socialdemokratische Lehren“ die Irrlehren der Socialdemokratie, besonders durch reichliches Zahlenmaterial zu widerlegen versucht. Die Schrift soll, auf Kosten der Unternehmer, in Millionen Exemplaren unter die Arbeiter geworfen werden und so wird bei den nächsten Streikbewegungen und besonders während des Wahlkampfes dieses „Material“ überall aufgeföhren werden. Der Verfasser der vorliegenden Broschüre hat nun dieses Nachwerk einer gewissenhaften Prüfung unterzogen und die Behauptungen von der zunehmenden Anteilnahme der Arbeiter am Rationalreichtum und der daraus gezogenen Schlussfolgerung, daß der Arbeiter mit seiner heutigen Lage wohl zufrieden sein könne, glänzend abgelehrt. Durch das vom Verfasser gebotene reiche Material ist die Broschüre geradezu zu einem Handbuch zur Widerlegung der hauptsächlichsten Schlagworte unserer Gegner geworden. Der Einzelpreis ist 20 Pf. Um die Verbreitung der Broschüre möglichst zu fördern, liefert der Verlag an Gewerkschaften, Gewerkschaftsvereine, politische Vereine, Vertrauenspersonen u. zu folgenden Preisen: 100 Stück 10 M., 500 Stück 40 M., 1000 Stück 75 M., 5000 Stück 350 M. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, zu richten.

**Bitte.** Die unterzeichnete Bibliotheksleitung richtet hiermit an Freunde der Volksbildung die Bitte um Wäherung des behufs Verbesserung der neu gegründeten Bibliothek der Gesamtgewerkschaften in Brnd a. M. Sendungen an Haberl, Ferdinand, Bibliothekar, Bismarckstraße 5, Brnd a. M., Steiermark. Parteiblätter werden um Nachdruck dieser Bitte freundlichst ersucht.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Ein Tendenzurteil.** Wegen Verleumdung eines Landeshüter Schubfabrik-Besizers war Genosse Radlof von der „Landeshüter Volkszeitung“ angeklagt. In dem beanstandeten Artikel war die Arbeitszeit um eine Stunde zu lang angegeben und nach der Auffassung des Gerichts der Durchschnittslohn der Schuhmacher um eine Kleinigkeit zu niedrig angegeben. Der erste Irrtum war zwei Nummern nach Erscheinen des Artikels sofort berichtigt. Formelle Verstöße sind in dem Artikel nicht zu finden. Das Gericht verurteilte den Genossen aus § 186 — Verbreitung unwahrer Thatsachen — zu einem Monat Gefängnis. R. ist vollständig unbefristet. Die Tendenz der Zeitung rechtfertigt eine scharfe Bestrafung, sagt das Gericht.

— **Der Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“**, Genosse Rindfleisch in Kiel, soll durch die Aufnahme eines Sprechsaal-Artikels in Nr. 238 der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ vom 12. Oktober v. J. den Obermechaniker Lescher von der Torpedowerkstatt in Friedrichsort beleidigt haben. In dem Artikel wird ausgeführt, daß der Obermechaniker seine Machtbefugnis durch Ueberbreiten der Arbeitsordnung namentlich bei der Bestrafung der Arbeiter weidlich ausnützt. Bei wiederholtem Zutritt kommen verhandelt er außer den vorgezeichneten Strafen die Fortnahme der Drehbank und die damit verbundene Entziehung der Accordarbeit. Arbeiter, die schon 6—7 Jahre dort beschäftigt waren, hätten aus ähnlichen Gründen ihre Entlassung erhalten usw. Das Gericht erachtet in dem letzten Passus des Artikels den Vorwurf der pflichtwidrigen Handlungsweise gegen einen Beamten und darin eine erhebliche Verleumdung. Der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht. Der Schuß des § 186 könne dem Angeklagten nicht zugebilligt werden. Da jedoch angenommen wurde, daß er in gutem Glauben gehandelt, wurde auf eine Geldstrafe von 100 M. event. 20 Tage Gefängnis erkannt. Beantwortet waren 300 M.

## Erste General-Versammlung des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Dresden, den 26. März.

Nachdem die Debatte über das Unterstüfungswesen beendet und die Arbeitslosen-Unterstützung — wie gestern bereits mitgeteilt wurde — angenommen war, wurde eine der Kommission überwiesene Beschwerde erledigt. Dann gelangten die Anträge auf Statutenänderung zur Beratung. Ein Antrag, die Generalversammlung alle zwei Jahre abzuhalten, wird mit 40 Stimmen angenommen. Ein Antrag Deffian, um an Delegiertenlosten zu sparen, die Wahlkreise zu vergrößern, wird einstimmig abgelehnt. Dasselbe Schicksal hat ein Antrag Potßdam: Bei Delegiertenwahlen ist das Stimmenverhältnis der einzelnen Wahlkreise im „Tabakarbeiter“ bekannt zu geben.

Es folgt die Beratung über das Verbandsorgan. Seitens der Delegierten werden verschiedene Wünsche in Bezug auf Inhalt und Tätigkeitsgebiet des „Tabakarbeiter“ geäußert, die der Redakteur Geher-Leipzig zu berücksichtigen verpricht. Ein Antrag, der die Verlegung der Redaktion des „Tabakarbeiter“ an den Sitz des Vorstandes fordert, wird abgelehnt. Ebenso die beantragte Einsetzung einer Preislohnkommission. Auch einige andre Anträge, die bezüglich des Verbandsorgans vorlagen, wurden teils abgelehnt, teils durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Angenommen werden zwei gleichlautende Anträge, die verlangen, daß die Redaktion des „Tabakarbeiter“ mehr als bisher den den Verband beschäftigenden Fragen betreffs Ausbau des Unterstüfungswesens Rechnung tragen möge.

Ein Antrag Lippstadt: „Die Generalversammlung wolle beschließen, alle Artikel im „Tabakarbeiter“ zu meiden, die das religiöse Gefühl der Mitglieder zu verletzen geeignet sind, da die christlichen Gewerkschaften diese Art Artikel zum Kampfe gegen die freien Gewerkschaften benutzen“, wird der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen.

erner wird beschlossen, den Umfang des „Tabakarbeiter“ auf sechs Seiten zu erhöhen und die Mehrkosten durch Verkaufnahme von Annoncen zu kompensieren.

## Der 7. Verbandstag des Verbandes deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher

hatte sich an seinem dritten und letzten Verhandlungstage mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu beschäftigen. Der Antrag auf Entscheidung durch Abstimmung wurde abgelehnt. Mit allen gegen eine Stimme wurde beschlossen, am 1. Januar 1904 die Arbeitslosen-Unterstützung auf folgender Grundlage einzuföhren:

Der Beitrag wird von 25 Pf. auf 40 Pf. pro Woche erhöht; diese Erhöhung tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Unterstüfung erhält, wer mindestens ein halbes Jahr Verbandsmitglied ist. Die Unterstüfung beträgt pro Tag 1 Mark und wird auf die Dauer von 30 Tagen gezahlt. Wer während seiner Arbeitslosigkeit an Sonntagen und Sonntagen Ausschüßarbeit erhält, ein Fall, der im

Barbieregewerbe sehr oft zu verzeichnen ist, bekommt für die darauf folgenden fünf Tage pro Tag 50 Pf. Unterstüfung. Die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen wurde dem Hauptvorstand überlassen.

Die Reise-Unterstützung in der bisherigen Form hört mit dem 1. Januar auf; dann wird auch ein reisende Mitglieder Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt. Im Streikreglement, das ohne Debatte angenommen wurde, wird zunächst dem Centralvorstande ein stärkerer Einfluß auf die Streiks eingeräumt; auch soll in ständiger Verbindung mit dem Gewerkschaftsverband am Streikort geblieben werden. Von allgemeinem Interesse sind folgende Paragraphen:

Wenn der Streik beschlossen und die Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgt ist, muß dem Gewerkschaftsverband der Antrag unterbreitet werden, vom Tage des Streiks an über sämtliche Geschäftsbetriebe den Vorkauf zu verhängen.

Gleichzeitig hat die Lohnkommission eventuell mit Hilfe des Gewerkschaftsverbandes Vorsehrge zur Einrichtung von Barbierstuben zu treffen.

Der Titel des Verbandes wird umgeändert in „Verband der Friseurgehilfen“, der Titel der Zeitung in „Friseurgehilfen-Zeitung“. Der Vorstand wurde beauftragt, mit dem Vorstande des Perückenmacher-Verbandes zur Anbahnung einer Verschmelzung in Verbindung zu treten. Den Schluß des Verbandstages bildete die Erledigung kleinerer geschäftlicher Angelegenheiten und Beschlüsse wegen Anschluß aus dem Verband, wobei die Wiederannahme des ehemaligen Verbandsvorsitzenden Besche abgelehnt wurde.

## Aus Industrie und Handel.

**Handelskammer und Börse.** Der Minister für Handel und Gewerbe hat die Aufsicht über die Berliner Börse vom 1. Mai d. J. ab der Handelskammer übertragen. Unter der Voraussetzung, daß in der Verwendung des der Incorporation der Kaufmannschaft gehörigen Gebäudes eine Aenderung nicht eintritt, verbleibt die finanzielle Verwaltung der Börse den Ältesten der Kaufmannschaft. Die historischen Beziehungen der Börse zur Incorporation gelangen aus dadurch zum Ausdruck, daß eine bestimmte Mindestzahl von Mitgliedern des Börsenvorstandes und der Zulassungsstelle dem Ältestenkollegium angehören soll. Dagegen war es, um eine wirksame Beaufsichtigung zu ermöglichen, erforderlich, die Börsenordnung nach anderer Richtung zu ändern. Insbesondere werden die Mitglieder des Börsenvorstandes in Zukunft zu einem Viertel von der Handelskammer, statt von dem Ältestenkollegium gewählt und wird die Zulassungsstelle von der Handelskammer, statt von den Ältesten gebildet werden. Insofern der Handelskammer eine Vertretung im Börsenvorstande eingeräumt und die Bildung der Zulassungsstelle übertragen wird, entspricht diese Regelung dem dringenden Wunsche der neuen Aufsichtsbehörde, die nur auf diese Weise die händliche Führung mit der Börse unterhalten zu können glaubt, deren sie bedarf, um ihre Entscheidungen sachgemäß und mit der bei der Eigenart des Börsenbetriebes erforderlichen Schnelligkeit treffen zu können.

**Aufsichten im Textilgewerbe.** Wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ berichtet, werden in der Textilindustrie zur Zeit mehr neue Arbeitskräfte eingestellt, als je im Laufe der letzten Jahre. Es ist sogar in einigen Textilbezirken ein Mangel an Arbeitern eingetreten. Im Wuppertal ist in einigen Orten das Angebot von Arbeitskräften so knapp, daß die Betriebe, was in der Textilindustrie sehr selten vorkommt, genötigt sind, mit den Lohnsätzen in die Höhe zu gehen. Aus Mangel an Arbeitskräften bezahlten z. B. einzelne Firmen in der Bandbranche bis zu 10 Proz. über den Sätzen der Lohnliste. Auch in der Spitzen- und Stiderei-Industrie macht sich ein großer Mangel an gesuchten Arbeitskräften fühlbar. Außer durch die Neueinstellung von Arbeitskräften wird die Erzeugung durch Ueberarbeit wieder zu steigern gesucht, so daß zwar die Arbeiter erheblich mehr verdienen, dafür aber gesundheitslich Gefahr laufen. Ganz besonders in der Hausindustrie bekommen die Arbeiter wieder soviel Arbeit nach Hause mit, daß sie nur durch eine überaus harte Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit im stande sind, die von ihnen verlangte Menge von Arbeit zur bestimmten Zeit abzuliefern. Wenn die Erscheinungen einer allzu raschen Vermehrung der Erzeugung bis jetzt auch noch vereinigt sind, so sollte man doch nicht unterlassen, die Gefahr einer für das Textilgewerbe leicht herbeizuföhrenden Uebererzeugung bei Zeiten ins Auge zu fassen.

**Kartell-Enquete.** Im Reichsamt des Innern wurden gestern unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. van der Borcht die Erhebungen über die Syndikate und Kartelle fortgesetzt; es fand der „Alln. Jg.“ zufolge eine Vernehmung statt mit Vertretern des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats und der ober-schlesischen Kohlen-Syndikation sowie mit mehreren Vertretern der Landwirtschaft und verschiedener Industriezweige in den nördlichen und östlichen Teilen des Reichs und in Elb-Lothringen. Aus der Enquete-Kommission waren die Reichstags-Abgeordneten Dr. Veumer, Golheim, Dr. Spahn und Rollenbuhl zu dieser Erörterung eingeladen.

**Getreideernte der Welt im Jahre 1902.** Die Zusammenstellung der Ernten der verschiedenen Länder durch die englische Firma Droomhall für das Jahr 1902 hat ergeben, daß im letzten Jahre von den wichtigsten Sorten Getreide mehr als je vorher produziert wurde. Die Zahlen verhalten sich in englischen Bushels (Sheffeln) von je 36,3 Liter. Im Vergleich zum Vorjahre stellte sich die Weltgetreide-Ernte nach Droomhall folgendermaßen:

	1902	1901	1902 mehr
Weizen	3 072	2 765	307
Weis	2 975	2 006	879
Hafer	3 173	2 481	692
Gerste	1 027	835	192
Roggen	1 518	1 204	214
Summa	11 765	9 481	2 284

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Ueber die Lohnbewegung der Baustemper berichtet Cohen in der Versammlung am Donnerstag, daß sich der Vorsitzende des Einigungsamtes seit der vorletzten Versammlung wiederholt bemüht habe, Verhandlungen zwischen der Innung und den Arbeitern anzubahnen. Letztere haben sich hiermit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß der gewählte Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zu den Verhandlungen hinzugezogen werde. Mit diesem Vorschlage konnte sich der Innungs-Obermeister Verger anscheinend jedoch nicht befremden. Er erklärte anfangs, nur mit dem Gesellenausschuß verhandeln zu dürfen, willigte später aber in eine Verstärkung des Gesellenausschusses, ja sogar einen Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes wollte er schließlich in den Kauf nehmen, nur den ersten Bevollmächtigten Cohen nicht. Die Klemmner aber sagten hierauf: „Gemakelt wird nicht“, und lehnten das Annehmen des Obermeisters rundweg ab. Auch die Vertrauensleute des Verbandes erklärten sich mit der Ablehnung einverstanden. Am Donnerstag hat der Vorsitzende des Einigungsamtes dann einen erneuten Verhandlungsversuch eingeleitet. Wieder zeigten sich die Klemmner entgegenkommend unter Bezugnahme auf die vorigen Bedingungen, bemerkten dabei jedoch, daß durch die angebotene Vermittelung die Beschlußfassung der Versammlung nicht mehr aufgeschoben werden könne, weil die Innung in ihrem Starrsinn die letzte Zeit in absolut negativer Haltung habe verstrichen lassen. Demgemäß waren sowohl die Vertrauensleute, wie auch die Agitations- und Arbeitskommission der einmütigen Ansicht, daß der Zeitpunkt, wo den Arbeitgebern die Forderungen zu unterbreiten seien, nicht mehr länger hinauszögern werden dürfte. Die Antwort der Innung an das Einigungsamt ist noch nicht bekannt. Falls es am 1. April aber zum Streik kommen sollte, dann möge die Innung bedenken, daß auch die Klemmner an keinen Vertrag mehr gebunden sind. Ob



Die sich dann noch mit einem Minimallohn von 60 Pf. pro Stunde begnügen werden, ist sehr die Frage. — Redner ging alsdann noch auf die Verdrängungen in der letzten Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“ ein, die sich auf ihre Art mit den Differenzen zwischen der Zimung und den Bauunternehmern befaßt hatte. Vor allem hielt Cohen die Behauptung aufrecht, daß die Zimung als solche in gegenwärtiger Weise dem Verband der Berliner Metallindustriellen angehöre.

Die neuen Forderungen lauten in der Hauptsache: Die Arbeit wird nur in Zetteln vergeben. (Bisher war auch Accord zugelassen, falls die Arbeiter sich freiwillig zu diesem anboten.) Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden täglich. Sonnabends ist eine Stunde früher Feierabend, und an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten zwei Stunden früher ohne Lohnabzug. Der Mindestlohn beträgt vom 1. April 1903 ab 60 Pf. Ueberstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht und sollen dann mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Dieser Vertrag gilt bis zum 1. September 1904.

Zur Lohnbewegung der Landschaftsgärtner teilt uns die Kommission mit, daß bis jetzt 46 Geschäfte — allerdings meist kleinere — die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben. Wenn gerade die großen Firmen sich ablehnend verhalten, so beweist das, daß nur Rücksichtslosigkeit und Mangel an gutem Willen sie dazu veranlaßt, denn was die Kleinen bewilligen können, ist den Großen erst recht möglich. Verschiedene vom Ausstande betroffene Firmen machen den Versuch, ihre Arbeiter durch ungelernete Leute anzuheben zu lassen, was sicherlich nicht im Interesse der Gartenbesitzer liegt, da die Gewächse und Anlagen unter unzulänglicher Behandlung natürlich leicht Schaden leiden können, der sich erst später bemerkbar macht. Wenn sich die Geschäftsinhaber bis heute Sonnabends nicht zu Verhandlungen mit der Streikleitung bequemen, dann wollen die Streikenden unter Leitung der ausständigen Obergärtner, Gartentechniker u. Genossenschaften bilden, welche die Ausführung von Gärtnerarbeiten selbstständig übernehmen und den widersprechenden Firmen Konkurrenz machen.

**Achtung, Schuhmacher!** Der Streik in der Ritzschuh-Fabrik von Jakobowski, Reichenbergerstr. 121, dauert fort. Verhandlungen, die am Freitagmittag stattfanden, führten zu keiner Einigung. Die Firma Jakobowski hat bisher die schlechtesten Löhne, namentlich in der Zwiderlei, gezahlt. In der Verhandlung wurden zwar Zugeständnisse gemacht, doch in wenig befriedigender Weise, so daß für die fraglichen Artikel noch nicht einmal der in anderen Fabriken übliche Mindestsatz erreicht worden wäre. Hieran scheiterten denn auch die Verhandlungen. Den Lohnarbeitern wurde je eine Mark Zulage bewilligt. Wir bitten den Zugang nach dieser Fabrik streng fern zu halten. Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Die vom Verein der Lithographen und Steindruckere über die Firma W. Hagelberg, Berlin, verhängte Sperre ist, nachdem die Behandlung eine bessere geworden und Abzüge nicht mehr erfolgt sind, aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen für beendet erklärt. Die Verwaltung.

Die Rahnemänner auf der Suche nach Streikbrechern. Vom Metallarbeiter-Verband wird uns geschrieben: Seit Dienstag stehen sämtliche Formner, Rosenformner, Maschinenformner und Kernmacher der Firma Hugo Hartung, Effenbergerstr. 11, im Streik, zur Abwehr der Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Durchschnitts-Accordverdienst der letzten sechs Wochen beträgt 23,30 M. pro Woche. Da die Berliner Formner, Rosenformner, Maschinenformner und Kernmacher sich nicht als Streikbrecher hergeben, so ist der Meister Reinhardt nach Braunschweig und Thüringen gereist, um Streikbrecher zu suchen, wobei ihm später der telegraphisch herbeigekommene Obermeister Krüger zur Hilfe nachreiste. Am Donnerstagabend kam der Meister Reinhardt mit 3 Formnern. Als der eine, der Sohn des Meisters Reinhardt, hörte, daß bei Hartung gestreikt wird, reiste er schon am Freitag wieder ab.

Gestern hat der Aufsichtsrat Sitzung gehabt, wahrscheinlich hat man sich mit dem Bericht im „Vorwärts“ befaßt, wonach auf 65 Arbeiter bei der Firma Hartung 21 Beamte nötig sind. Die Aufsichtsräte sind vor der Fabrik gestern von einem Lieutenant, einem Sachmeister, vier Schulreuten und zwei Kriminalbeamten besucht worden. Da bis jetzt alle Klänge vergeblich waren, Streikbrecher zu erhalten, erziehen wir alle Arbeiterblätter um Abdruck obiger Zeilen. Zugang von Eisenformern, Maschinenformern und Kernmachern ist von Berlin unter allen Umständen fernzuhalten.

Die Gewerkschaften in Schöneberg werden, wie in einer Versammlung am Mittwoch beschlossen wurde, ein Kartell bilden, welches in ständiger Fühlung mit der Berliner Gewerkschaftskommission bleiben und im Anschluß an diese keine Wirksamkeit entfalten soll.

#### Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Weißgerber in Magdeburg ist durch einen Vergleich vor dem Einigungsamt beendet. Der Wochenlohn der Weißgerber ist von 22,50 M. auf 24 M. erhöht, der bisherige Lohn der Hilfsarbeiter wird um 1 M. erhöht. Hilfsarbeiter, welche dieselbe Arbeit machen wie gelernte Arbeiter, erhalten auch den gleichen Lohn wie diese. Die Stücklöhne werden um 3 Proz. erhöht. Die genannten Lohnhöhungen gelten jedoch nur für die Mitglieder des Verbandes der Lederarbeiter. Die Vereinbarungen gelten auf drei Jahre.

Eine Gewaltsamregel will der Arbeitgeberverband in Zerlöhn gegen die Arbeiter durchführen. Der Scharnhamer-Verband hat nämlich beschlossen, sämtlichen Arbeitern, etwa 4000 zu kündigen, falls die, welche sich augenblicklich im Streik befinden, nicht bis Freitagabend (gestern) die Arbeit wieder aufnehmen. Die Unternehmer wollen also 4000 Arbeiter an der Arbeit hindern. Eine Handlung, für die der deutsche Kaiser seiner Zeit die härteste Strafe in Aussicht gestellt hat.

Die Mäler und Ausreicher in Ebersfeld treten in eine Lohnbewegung ein. Sie fordern hauptsächlich einen Mindestlohn von 45 Pf., Aufschlag für Ueberstunden 25, für Sonntagarbeit 50 Proz., zehnstündige Arbeitszeit.

#### Ausland.

Massenansperrung in Norwegen. Aus Bergen wird intern 25. März gemeldet, daß die mechanischen Werkstätten eine große Ansperrung vorgenommen haben. 2000 Arbeiter müssen am 1. April ihre Arbeit verlassen.

Sozialdemokratische Eisenbahn-Organisation in der Schweiz. Der schweizerische Zugpersonalverein, der ein eigenes Verbandsorgan „Das Signal“ hat und dessen Redakteur und Generalsekretär unser Genosse Brandt ist, hat sich nunmehr auch in aller Form auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung gestellt.

Die streikenden Pariser Möbelträger verlangen Abschaffung des Trinkgeldes, an dessen Stelle feste Löhne, bezahlt vom Unternehmer, zu treten haben. Ihre Ansprüche sind folgende: Tageslohn 8 Fr. für Paris, 10 Fr. für außerhalb.

## Sociales.

Jugendliche Arbeiter auf Steinlohnwerten. An Stelle der Bekanntmachung des Bundesrats vom 1. Februar 1895 betreffend die Befreiung von Ausnahmen von den Vorschriften des § 136 der Gewerbe-Ordnung für jugendliche Arbeiter auf Steinlohnwerten, erläßt der Bundesrat eine neue Bekanntmachung, die nur noch für Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen gilt und am 1. April mit der Gültigkeit für 10 Jahre in Kraft tritt. Sie weicht nur in zwei Punkten von der bisherigen Bekanntmachung ab. Die Höchstdauer der Schicht wird zur Vermeidung von Zerwürfen ausdrücklich „einschließlich der Pausen“ auf 8 Stunden bestimmt. Die Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten wird von 12 auf 15 Stunden ver-

längert mit der Einschränkung, daß sie vor und nach Sonn- und Festtagen nur 18 Stunden zu betragen braucht. Im übrigen bleiben die Vorschriften die alten.

Die Kommunalisierung der Brotfabrikation hat in Catania (Sizilien) einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Den Bemühungen des sozialistischen Deputierten und Bürgermeisters des Ortes de Felice war es schließlich schon vor Monaten gelungen, städtische Brotbäckereien zu errichten. Es begann nun aber ein verzweifelter Konturrenzkampf der Bäckermeister gegen das städtische Unternehmen. Derselbe ist jetzt dadurch beendet, daß die Bäckermeister das Anerbieten der Stadt, in städtische Dienste zu treten, angenommen haben. Danach zahlt die Stadt für die Pachtung der Bäckerei 3 Fr. pro Tag, 3 Fr. Gehalt an den Bäckermeister, 1 Fr. für einen jungen Burschen und einen Rabatt auf den Verkauf der Waren.

## Aus der Frauenbewegung.

### Ein arbeitsloses politisches Gewächs.

Aus den Bemerkungen der „Freisinnigen Zeitung“ über die Ausweisung der Frauen aus der öffentlichen Versammlung in Lüttich citieren wir gestern dieses:

„Offenbar hat die neuerliche Erklärung des Ministers des Innern über die begrenzte Zulassung von Frauen in politischen Versammlungen zu den verschiedensten Auslegungen bei den Lokal-Polizeibehörden Veranlassung gegeben, und es ist daher dringend notwendig, den Polizeibehörden bestimmtere Instruktionen zu geben über die Zulassung der Frauen in solchen Versammlungen.“

Sie werden erst nachträglich darauf aufmerksam, daß die Polizeibehörde, die hier in Frage kommt, durch ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei repräsentiert wird. Der Herr Oberbürgermeister von Lüttich, der Chef der dortigen Polizei, ist nämlich Mitglied der freisinnigen Volkspartei und auch in der Versammlung erschienen. Das Verlangen der „Freisinnigen Zeitung“ nach bestimmten Instruktionen gewinnt dadurch einen vitanen Beigeschmack. Vielleicht ist der freisinnige Herr Polizeichef den Instruktionen der „Freisinnigen Zeitung“ zugänglich, namentlich wenn man sich bei ihm in aller Form über die unzulässige Einschränkung der Rechte einer von ihm selbst besuchten Versammlung durch seine eigenen Untergebenen beschwert.

### Die Unschuld vom Lande.

„Unser Wissen ist in Preußen die Teilnahme der Frauen an Versammlungen, die sich mit politischen Dingen befassen, verboten.“ Das schreibt heute die „Deutsche Tageszeitung“, weil es ihr nicht gefällt, daß Dr. Magnus Hirschfeld Herren und Damen zu einer Versammlung einladet, in der er über den § 175 des Strafgesetzbuches reden will. Die unschuldigen Bänder leiden an einer Verwechslungsmarie. Als sie ihre Damen entgegen der gesetzlichen Vorschrift in die politische Vereinsversammlung im Circus Busch mitbrachten, da hielten sie das für erlaubt. — Oder nicht? — Da aber jemand gegen ihren Beschluß, jedoch auf Grund gesetzlichen Rechts Frauen zu einer öffentlichen politischen Versammlung einladet, da meinen sie, es sei verboten. Herr v. Hammerstein scheint wenig Stolz zu haben bei der „Tageszeitung“, sonst könnte sie doch unmöglich vergessen haben, daß er sogar aus Liebe zu den Bändern von dem wirklich bestehenden Verbot der Teilnahme von Frauen an politischen Vereinsversammlungen ein Segment abgebrochen hat.

Niddorf. In einer namentlich von Frauen gut besuchten Versammlung am 25. März behandelte Genosse Manasse das Thema: Die Frau als Wählerin im bevorstehenden Wahlkampfe in sehr eingehender Weise. Reicher Beifall bewies, daß die Ausführungen des Referenten auf fruchtbarem Boden gefallen waren. In der Diskussion wies die Vertrauensperson darauf hin, daß nach Ostern öffentliche Versammlungen einberufen werden, in denen die Frauen über die wichtigsten Bestimmungen des Reichstags-Wahlgesetzes unterrichtet werden sollen. Genosse Hennig betonte, daß schon in den Festtagen die Frauen beim Besuch der Verwandten von außerhalb die Agitation von Mund zu Mund betreiben könnten.

## Versammlungen.

Kärntner Wahlkreis. Dem Wahlkampfe diene eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am Donnerstag in Leobendorf stattfand in der Sophienstraße stattfand und sehr zahlreich besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden 108 Genossen, die sich zum Eintritt in den Verein gemeldet hatten, als ausgenommen erklärt. Sodann begrüßte der Vorsitzende in herzlichen Worten, die lebhaften Wiederhall bei den Anwesenden weckten, den nach langem unfruchtlichen Abwesenheit zum erstenmal wieder im Verein erschienenen Genossen Robert Schmidt, den Kandidaten des fünften Wahlkreises, der darauf das Wort zu seinem Vortrage über die Frage: „Welche politischen und wirtschaftlichen Interessen hat das deutsche Volk beim nächsten Wahlkampfe zu verteidigen“ erhielt. Ausführlich schilderte der Redner die traurigen politischen Zustände Deutschlands und verurteilte scharf das Verhalten der bürgerlichen Parteien und wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Wahl nur auf sich selbst angewiesen ist und von keiner anderen Partei Unterstützung zu erwarten hat, darum müßten wir alle Kräfte sammeln, um als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorzugehen. Stürmischer Beifall bewies, daß die Versammlung einverstanden war mit den Ausführungen des Referenten. Gegner meldeten sich trotz der Aufforderung des Vorsitzenden nicht zum Wort. In der Diskussion wies Piepmann noch besonders darauf hin, wie bei der vorigen Wahl die Freisinnigen in letzter Stunde, als keine Entgegnung mehr möglich war, unsere Kandidaten in gemeinsamer Weise verdrängten, daß aber gerade ihr Kandidat Dr. Juid durch sein Verhalten im Reichstag bewiesen hat, daß er durchaus nicht der Mann ist, die Interessen des Volkes zu wahren. Der Redner warnte vor der falschen Invesivität, daß der Sieg für uns leicht sein werde, und forderte zu unablässiger Agitation für unsere Kandidaten Robert Schmidt auf. Mit einer Aufforderung gleichen Sinnes schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Der gedruckte Rechenschaftsbericht über das Jahr 1902, der in der Donnerstags-Nummer des „Vorwärts“ bereits besprochen ist, wurde von den Gewerkschafts-Sekretären Link und Köhler eingehend erläutert und die in den Tabellen unterlaufenen Fehler richtig gestellt. In der hierauf folgenden Diskussion, wobei ebenfalls noch einige Nichtigstellungen erfolgten, — auch im Referat des „Vorwärts“ ist ein Irrtum enthalten, indem die Metallarbeiter nicht 41 Anträge, sondern 39 Abwehrstreiks, sondern insgesamt nur 41 Streiks geführt hatten — wurde der Bericht von einzelnen Delegierten als unzulänglich und teilweise unrichtig kritisiert, während andre Delegierte sich anerkennend über denselben äußerten. — Alle Berichtigungen, welche hauptsächlich bis Sonnabend an das Sekretariat eingewandt sind, sollen gedruckt und dem Geschäftsbericht als Nachtrag beigegeben werden.

Am Freitag in dem Bericht möglichst zu vermeiden, wurde beschlossen, daß in Zukunft jeder Gewerkschaft ein Korrekturbogen zugefandt wird, damit event. Nichtigstellungen vorgenommen werden können. — Ein weiterer Antrag von Frau Thiede, wonach für die Märzgefallenen nur von der Gewerkschaftskommission ein Kranz niedergelegt werden soll und nicht mehr je nach dem einzelnen Gewerkschaften, wurde dem Ausführe überwiegen. — Der Massenbericht wurde von den Referenten als richtig bestätigt und auf deren Antrag die Debatte erübt. Nach einer längeren Debatte über die Vergebung der Druckerarbeiten erfolgte sodann die Neuwahl des Aus-

schusses, die folgendes Resultat ergab: Kube, Zimmerer, Wiesenhal, Metallarbeiter, Börner, Tabakarbeiter, Busse, Lederarbeiter, Zeiske, Gashilfsgehilfe, Ritter, Schneider und Frau Thiede, Buchdrucker-Hilfsarbeiterin. Als Revisoren wurden Bräuner, Buchbinder, Streiner, Handelshilfsarbeiter und Tischendörfer, Lithograph, gewählt.

Hierauf berichteten die betreffenden Delegierten über die gegenwärtigen Streiks der Fensterputzer, Uniformschneider, Wälder und Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Der Streik der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter wurde von der Versammlung einstimmig sanktioniert. Schließlich gelangte noch ein Antrag von Wiesenhal zur Annahme, wodurch der Ausführe beauftragt wird, der nächsten Versammlung eine Abänderung bezw. Ergänzung des Regulativs zu unterbreiten, dahingehend, daß in Zukunft nicht mehr über die kleineren Differenzen, sondern nur über die allgemeinen Streiks oder Ausprägungen in den Delegiertenversammlungen berichtet werden soll. Von Tischendörfer wurde außerdem empfohlen, daß die Berichterstatter nicht von den einzelnen Delegierten erfolgt, sondern ein Gesamtbild über die Streiks in jeder Versammlung vom Ausführe erhalten wird.

Die Arbeiter der Firma Schwarzlopp-Wildau, Maschinenbau-Aktiengesellschaft, hielten am Mittwoch eine Versammlung ab, zu der etwa Dreiviertel aller auf dem Werk Beschäftigten erschienen waren. Der Referent Scheffler vom Metallarbeiter-Verband führte unter anderem aus: Um sich in Wildau einen Stamm willfähriger Arbeiterkräfte herauszubilden, kaufte die Firma „Wohlfabrik-einrichtungen“. Es wurden Arbeiterhäuser gebaut. Die Kontrakte, die den Bewohnern zur Unterschrift vorgelegt wurden, kennzeichnet die Bestimmung, daß, sobald das Arbeitsverhältnis mit der Fabrik gelöst ist, der Arbeiter binnen 3 Tagen die Wohnung zu räumen hat. Auch einen Konsumverein hat man den Arbeitern gegründet; natürlich steht derselbe unter ausschließlicher Aufsicht der Direktion, die Arbeiter haben in der Verwaltung nichts zu sagen. Aus den zu erzielenden Ueberflüssen soll ein Kasino gebaut werden, damit die Arbeiter dann nicht mehr in die Dorfkasale gehen brauchen, wo sie nach einem Anspruch des Saimeisters Witthöft nur unumgänglich mit der „roten Note“ in Verberührung kommen. Die Löhne sind miserabel, das Ueberflüssigemachen ist an der Tagesordnung. Wer nicht 90—100 Stunden in der Woche hat, ist „gar kein Herr“. Dabei ist den Arbeitern aber das Frühstück in 6 oder 7 Borten, nicht so viel Zeit gönnt man ihnen. Die sanitären Einrichtungen in der Fabrik lassen, trotzdem die Gebäude erst neu sind, vieles zu wünschen übrig. Große Erregung herrscht unter den Arbeitern, weil kürzlich der Schlosser Eggert, der bereits seit 15 Jahren bei der Firma thätig ist, entlassen wurde. Dieser war nämlich Bevollmächtigter der Metallarbeiter-Krankenkasse und agitierte dafür, weil das Krankengeld in der Fabrik nur 10,50 M. beträgt, wovon noch 5 M. wöchentlich für Miete abgezogen werden. Herr Witthöft sagte dem Arbeiter, eine solche Agitation für eine freie Diskasse könne er nicht dulden, deshalb müsse ein Exempel an ihm statuiert werden. Andre Arbeiter, die während und nach den Versammlungen mit dem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes gesprochen hatten, sind von dem eifrigen Herrn später sehr eindringlich verwahrt worden.

Adlershof. Am 23. d. M. fand im Lokal des Herrn Lau eine Volksversammlung statt, in welcher Georg Davidsohn die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie erläuterte. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, an welcher sich jedoch nur Parteigenossen beteiligten.

Freieigliche Gemeinde. Sonntag, den 22. März, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, in Keller's großem Saal, Köpenicker Str. 29: Feier der Jugendweiblich (Kommunikation). Die Rednerin hieß Dr. Bruno Wille über: „Keinzigste (Kriegsgläubigkeit)“. Song und Schauspiel auf dem Pacher Musik-Harmonium. Gesang, Damen und Herren, sehr willkommen.

Arbeiter-Samariterkolonne (gegründet 1899). Dienstag, den 31. März, abends 9 Uhr, in der Centrale, Dresdenstr. 45, findet ein Vortrag über „Angewandte Ethik“ statt, wozu sämtliche Mitglieder der Kolonne eingeladen werden. Der neue Sommerkurs beginnt am 27. April in der Centrale, Dresdenstr. 45. Neue Mitglieder werden dort aufgenommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### „Primus“-Prozess.

Hamburg, 27. März. Im „Primus“-Prozess werden heute die Sachverständigen vernommen. Navigationsdirektor Meibour-Hamburg führt aus, Kapitän Peters habe gegen die kaiserliche Verordnung verstoßen, weil er in das nördliche Fahrwasser gefahren sei. Die Angeklagten treffe keine Schuld an dem Unglück. Steuer-mann Wahlen habe nur die Befehle seines Schiffsführers ausgeführt; der Angeklagte Kapitän Sachs habe alles gethan, was ein besonnener Schiffsführer thun mußte. Auf Vorhalten des Vorsitzenden giebt der Sachverständige zu, es wäre vorzichtiger gewesen, wenn Sachs, als er sah, daß zwei Schiffe ihm entgegenkamen, die Fahrgeschwindigkeit ermäßigt hätte.

Der Sachverständige Kapitän Meher von der deutschen Seewarte bemerkt, er müsse sich eines bestimmten Urteils über die Ursachen des Zusammenstoßes enthalten, jedenfalls hätte „Primus“ sich im nördlichen Fahrwasser aufhalten und die „Ganja“ nicht im Vogen mit voller Dampfstraft ins nördliche Fahrwasser fahren dürfen. Sachverständiger Lotse Jorjan bejaheimt das Verhalten des Angeklagten als korrekt. Sachverständiger Navigationsdirektor Brahm-Altona meint, wenn die „Ganja“ ihren Kurs beibehalten und mit halber Dampfstraft gefahren wäre, was die „Ganja“ hätte thun müssen, wenn sie die Dampfstraft des „Primus“ gehört hätte, dann wäre ein Zusammenstoß vermieden worden. Die Verhandlung wird auf morgen vertagt.

### Aus Holland.

Haag, 27. März. (B. S.) Die in Regierungskreisen verlautet, gelangt das Eisenbahnarbeiter-Gesetz bereits am nächsten Dienstag zur Beratung. Die Regierung will die Erledigung des Gesetzes beschleunigen, da sich unter den einberufenen Mitgliedern große Unzufriedenheit bemerkbar macht. In Amsterdam und Berg op Zoom wurden von den letzteren Protestmeetings abgehalten. Man befürchtet eine offene Gehorhamsverweigerung.

### Russischer Spion verhaftet.

Lemberg, 27. März. (B. S.) Auf Requisition des Wiener Landesgerichts wurde der hiesige Kommissar der Landes-Finanzdirektion, Dr. Ossolinski, unter dem Verdacht der Spionage zu Gunsten Rußlands verhaftet.

### Südpol-Expedition.

Antarktika (Neu-Seealand), 27. März. Nach weiteren Berichten über die Südpol-Expedition der „Discoven“ erreichte ihr Führer Scott in einer äußerst beschwerlichen Schlittenfahrt 82 Grad 17 Min. süd. Breite.

Paris, 27. März. (B. L. B.) Offiziell verlautet, daß demjenigen Kongregationen, welche sich mit dem Mittelschulunterricht befassen, für die Schließung ihrer Anstalten Frist bis zum 1. Juli gewährt werden soll. Für die Kongregationen, welche sich dem Volksschulunterricht widmen, soll diese Frist je nach den örtlichen Verhältnissen zwischen ein und vier Monaten währen.

Christiania, 27. März. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung des Storting erklärte der Staatsrat für Finanzen und Völle, Sunde, auf eine Anfrage, wozu ein Maximal-Zolltarif eingeführt werden könnte, der hinsichtlich des Abschusses etwaiger besonderer Abkommen mit Deutschland und Rußland Interesse hätte, daß eine solche Maximal-Tarifvorlage bereits ausgearbeitet sei und gegenwärtig dem Departement des Innern vorliege. Er hoffe, daß es möglich sein werde, die Vorlage noch in der jetzigen Session des Storting einzubringen.



Lokales.

Eine „Kirchennot“ amüsanter Art

wird im Norden der Stadt von den beteiligten Kreisen schmerzhaft empfunden. Es handelt sich um die im vorigen Sommer eingeweihte Kapernaum-Kirche an der der Seestraße, eine Tochterkirche der Nazareth-Gemeinde. Von den eigenartigen Umständen, unter denen der Bau der Kapernaum-Kirche zu Stande gekommen ist, haben wir bei Gelegenheit der Einweihungsfeier den Lesern des „Vorwärts“ Mitteilung gemacht. Die „Leiden“ der Kirchengemeinde haben aber mit jener Einweihungsfeier keineswegs ihr Ende erreicht. Infolge des Streites, der zwischen der Stadtgemeinde und dem Grafen von Dönhofsberg, dem „hochherzigen“ Spender des Baugrundstückes, um das der Kirche benachbarte Terrain geführt wird, ist die Kirche vorläufig noch ohne einen öffentlichen Zugang. Nur dem Entgegenkommen der streitenden Parteien ist es zu danken, daß die Kirche überhaupt schon zu Gottesdiensten benutzt werden darf. Auch der Herr Graf hat eingewilligt, daß das Terrain, das er als sein Eigentum betrachtet und zu erstreiten hofft, bis auf weiteres als Zugang benutzt werden darf, aber er hat diese Erlaubnis nur dem Kirchenbau-Verein gegeben, der die Kapernaum-Kirche gebaut hat, und auch diesem nur bis zu dem Augenblick, wo die innere Einrichtung der Kirche vollendet sein wird. Wenn dieser Zeitpunkt eintritt, kann der Zutritt zur Kirche jederzeit gesperrt werden.

Der Herr Graf verlegt sich sehr auf Stellung von Bedingungen und Forderungen, und wer ihn kennt, der weiß, daß in solchen Sachen mit ihm nicht zu spaßen ist. Infolgedessen ist die Sorge um die Zukunft der Kapernaum-Kirche groß. In der General-Versammlung des Kirchenbau-Vereins ist neben andern Kirchennähten unseres sündhaften Berlins auch die Not der bedrängten Kapernaum-Kirche zur Sprache gebracht worden. Herr v. Wirbach, der Ober-Hofmeister der Kaiserin klagte bitter über die Hindernisse, die dem Bau und der Fertigstellung der Kirche in den Weg gelegt worden seien. Weder dem Kirchenbau-Verein noch den Behörden sei es bisher gelungen, sie alle zu beseitigen. „Ich glaube“, so soll nach einem Zeitungsbericht Herr v. Wirbach ausgerufen haben, „daß selbst Engel das nicht fertig bekommen würden!“ Hat der Herr Ober-Hofmeister so geringes Vertrauen zu der Macht der Engel, an die er glaubt? Uebrigens bedarf man im Kirchenbauverein gar nicht einmal der Hilfe der Engel; man hat bereits selber einen Ausweg gefunden. Die Vollendung der inneren Einrichtung der Kirche soll so lange hinausgeschoben werden, wie es irgend geht.

In der Nazareth-Gemeinde weiß man sich doch immer wieder zu helfen. Schon einmal mußte hier durch einen Augenblick die gefährdete Kapernaum-Kirche gerettet werden. Der „hochherzige“ Spender des Baugrundstückes hatte an seine Spende die Bedingung geknüpft, daß der Grundstein bis zu einem bestimmten Tage gelegt sein müsse. Darum vollzog sich die Grundsteinlegung damals etwas eilig und ziemlich formlos. Pfarrer Diestelkamp, der jetzt in der Nazareth-Gemeinde so arg zerzaust wird, telephonierte ein paar Kirchenratsmitglieder zusammen und legte den Grundstein am letzten Tage vor Ablauf der gestellten Frist. Dabei wurde der Grundstein an einer Stelle in den Boden versenkt, die gar nicht bebaut werden durfte, weil sie Straßenland werden sollte. Auch über diese Schwierigkeiten ist man hinweggelommen. Die Lage des Kirchenbaues ist in entsprechender Weise verschoben worden, und den Mangel eines richtigen Grundsteins und einer Grundsteinlegungsfeier hat man durch eine besonders pomphafte Einweihungsfeier weit gemacht.

Man sieht: auch Kirchen „haben ihre Schwächen“. Die gegen den Pastor Diestelkamp von den 16 Mitgliedern des Kirchenrates und der Gemeindevorstellung erhobenen Vorwürfe bestanden bekanntlich darin, daß er 1. sechzehn Jahre lang jedem in der Nazareth-Kirche getrauten Ehepaar entgegen dem Gesetz vom 27. Juli 1880 50 Pfennig abnehmen ließ und davon 30 Pfennig in die eigene Tasche vereinnahmt hat; 2. daß er unter Verletzung des § 8 des selben Gesetzes jahrelang an „verbotenen“ Tagen zum Teil massenhaft getraut hat, beziehungsweise hat trauen lassen, wobei jede Trauung ihm einen Gewinn von 7,50 M. brachte; 3. daß er in der ausgedehnten Weise innerhalb und außerhalb der Gemeinde Schulden gemacht hat und macht, ja selbst durch Vermittlung des Cabinetts der Kaiserin zur Sanierung seiner Finanzen 60 000 M. erbeten und erhalten hat; 4. daß er durch fortgesetzte Grundstücks-Spekulationen u. unter dem Schleier christlich-socialer Fürsorge neue Geldquellen zu erschließen sucht, ohne eine Klatsch- und Schand- und zu gewöhnen, ob die vielen, vielen Sammlungen unter seiner Oberleitung den gedachten Zwecken in der richtigen Weise dienlich gemacht werden; 5. daß er durch solche sehr weit über die Grenzen erlaubter Privatthätigkeit hinausgehende Betätigung sich schwere Amtsbekundigungen zu Schulden kommen ließ.

Inser Anstalt nach sind die Anschuldigungen, die durch die Erklärungen in der Parochialversammlung nur zum Teil in andern Lichte dargestellt zu sein scheinen, derartige, daß Pastor Diestelkamp wohl daran gethan hätte, die Angelegenheit doch gerichtlich aufhellen zu lassen. Die Sympathie-Erklärung eines Vereins, die ja zum Teil den Gefühlen mittelbarer Rücksicht mit einem so hochbetagten Mann, event. auch dem Bedürfnis, so viel als möglich unangenehmes Aufsehen zu vermeiden, entsprungen sein kann, bedeutet auf keinen Fall eine Widerlegung der Angriffe.

Zusätze in der Karwoche. Die soeben veröffentlichte und sofort in Kraft tretende Polizeiverordnung vom 27. d. M., betreffend die äußere Beschaffenheit der Sonn- und Feiertage, giebt in dem § 12, Ziffer 2 und 3 neue Bestimmungen für die Theatervorstellungen und sonstigen Lustbarkeiten während der Karwoche, der drei großen Feste (Weihnachten, Ostern und Pfingsten) und des Totensonntages, während sie im übrigen lediglich die bisherigen Vorschriften wiederholt. Durch die neuen Bestimmungen werden die Beschränkungen, welche bisher hinsichtlich der theatralischen Vorstellungen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträge, Schaustellungen von Personen und Musikausführungen während der ganzen Karwoche und jedes ersten Tages der drei großen Feste bestanden, für den Palmsonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch der Karwoche sowie für die ersten Feiertage aufgehoben, jedoch an diesen Tagen nur noch öffentliche Tanzlustbarkeiten und Välle sowie Vorträge, Schaustellungen und Musikausführungen in Cafés, chautant (Kugeltanz) verboten bleiben. Andererseits wird namentlich für den Donnerstag und Sonnabend der Karwoche (Grundonnerstag und stillen Sonnabend) durchweg gegenüber allen Theatern usw. die Wahrung des ernstesten Charakters bei den Aufführungen gefordert und hierdurch die vielfach erörterte Unzulässigkeit beseitigt, daß die sogenannten Rauch-Theater und Varietés-Theater während der ganzen Karwoche erheblichen Einschränkungen unterworfen, die andern Theater aber von allen Beschränkungen selbst während des Grundonnerstages und des stillen Sonnabends befreit waren.

Die neue Beleuchtung der Königsstraße durch Pechgas ist gestern Abend endgültig in Tätigkeit gesetzt worden, nachdem vor kurzem eine Probebeleuchtung stattgefunden hatte. Auch der fünfjährige Kandelaber vor dem Rathaus an der Ecke der Spandauerstraße ist mit Pechgas für den Verkehr versehen worden, während die drei andern vor dem Rathaus stehenden Kandelaber nach wie vor Gasglühlicht-Laternen haben, die aber von der neuen Beleuchtung ganz bedeutend überstrahlt werden. Ferner hat jetzt der ganze Alexanderplatz Pechgaslaternen erhalten, da die im vorigen Jahre auf dem mit Anlagen versehenen südlichen Teil des Platzes zur Probe aufgestellten sich durchaus bewährt haben. In der Königsstraße ist die neue Beleuchtung auch insofern von großer Wichtigkeit, als bei der größeren Leuchtkraft des Pechgases und der größeren Höhe der Laternenwäpfe weit über die Hälfte weniger Laternen nötig sind, als es bei der Beleuchtung durch Gasglühlicht der Fall war. Dies ist aber für den starken Verkehr in der Königsstraße von der größten Bedeutung.

Schlechtes Wasser. Der Berliner Magistrat hatte vor zwei Jahren beim Bau der Reinickendorfer Kanalisation gegen die Ableitung der Reinickendorfer Märdäcker in den Tegeler See protestiert, weil das Berliner Trinkwasser dem See entnommen wurde. Es kam zu einem Streitverfahren, das bekanntlich damit endete, daß der Einspruch des See abgewiesen wurde. Der Minister des Innern vertrat damals den Standpunkt, daß das direkte Gefälle Reinickendorfs die Ableitung der gereinigten Abwässer nach dem Tegeler See erfordere und dies auch ohne Schaden für die Reichshauptstadt erfolgen könne, zumal diese daran ging, am Tegeler See Tiefbrunnen zu errichten, ihr Trinkwasser mithin nicht mehr aus dem See zu nehmen. Jetzt hat sich jedoch ein Mißstand gezeigt, der die Regierung zum Einschreiten gezwungen hat. Das Reinickendorfer Märdäckerfeld stellte sich nämlich als unzulänglich heraus. Untersuchungen, die das Igl. biologische Institut vornahm, ergaben, daß das gefällte Wasser keineswegs rein war und einen üblen Geruch verbreitete. Man führte dies auf den Umstand zurück, daß Reinickendorf auch große Schweinehälle an die Kanalisation angeschloffen hatte und Schweinejauche nicht zu lären ist. Auf Anordnung der Behörde mußten die Schweinehälle von der Kanalisation abgeschlossen werden. Eine Regierungskommission, die darauf dieser Tage eine neue Prüfung vornahm, hat dem auch gefunden, daß jetzt das Wasser klar und geruchlos ist. Für Berlin ist es ein Glück, daß schon eine große Zahl von Tiefbrunnen fertig ist, so daß man das Wasser des Tegeler Sees nur noch wenig zu benutzen braucht.

Die Urbanstraße von der Pläcker- bis zur Völkchenstraße einschließlich des Kreuzbäumchen-Tempelhofersstraße wird behufs Umplasterung vom 27. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Verbesserung der Straßenbahn-Verbindung mit Rixdorf. Zahlreiche Verbesserungen der Verbindung zwischen Berlin und Rixdorf wird die Große Berliner Straßenbahn am 1. April zur Einführung bringen, nachdem erst vor kurzem die Verbindungen mit diesem Vorort umfassende Veränderungen erfahren haben. Eine neue Linie 22 wird dadurch gebildet, daß jeder zweite Wagen der bisherigen Linie 31 Müllerstraße-Schlesischer Bahnhof bis zur Cannerstraße in Rixdorf durchgeführt wird. Zur Aufnahme des Verkehrs in den Stunden besonderer Andrangs sind außerdem Einseiwagen zwischen dem Alexanderplatz und Rixdorf zu dieser Linie vorgezogen. Es wird so zwischen dem Alexanderplatz und Rixdorf ein 7 1/2 Minuten-Verkehr, außerdem mit Hilfe der Linie 30 Müllerstraße-Winterfeldplatz zwischen der Andreas- und der Müllerstraße ein Verkehr von 3-4 Minuten hergestellt. Voraussetzung für diese Neugestaltung ist die Fertigstellung der Neubausstraße durch die Neuter-, Pflüger- und Friedelstraße über die Hohenstraße in Rixdorf. Ferner müssen von der Hohenstraße nach der Grünauerstraße und von dieser durch die Wienerstraße bis zum Oberliger Bahnhof Gleisanschlüsse hergestellt werden. Die neue Linie bemittelt von Rixdorf aus den so hergestellten Weg, ferner die Gleise der Berliner elektrischen Straßenbahn in der Grünauerstraße. Sie geht dann durch die Wiener-, Pflüger-, Waldemar-, Walbert-, Köpferstraße usw. Die neue Linie 22 wird eine der längsten Straßenbahnlinien. Sie hat 13,2 Kilometer, die in einer Stunde 11 Minuten zurückgelegt werden. Der Betrieb der Linien 7 und 15 Moabit-Rixdorf wird in Rixdorf aus der Richard- und Thüringerstraße verlegt. Die Linie 15 endigt nicht mehr in der Cannerstraße, sondern am Ringbahnhof Rixdorf. Beide Linien ergänzen sich zwischen Moabit und dem Ringbahnhof Rixdorf zu einem Betrieb von 7 1/2 Minuten. Von den auf den Linien 46 und 47, Niederschönhausen-Brig., sowie auf der Linie 48, Schönhauser-Allee-Rixdorf, verkehrenden Wagen soll jeder zweite im Sommer in der Zeit von 7,15 früh bis 8,15 abends vom städtischen Friedhof in der Studowerstraße abfahren. Die übrigen Wagen beginnen ihre Fahrt an der Ecke der Juliusstraße. Im Winter beginnt dieser Betrieb um 8,15. Die Linien 46, 47 und 48 ergänzen sich zwischen dem Ringbahnhof Schönhauser Allee und der Juliusstraße in Rixdorf zu einem Betrieb von 7 1/2 Minuten.

Ein neuer Doppelselbstmord in Potsdam. Der Kaufmann Emil Weser und seine Frau Helene Stolzenberg, beide aus Rixdorf, haben sich in einem Potsdamer Hotel erschossen. Das Brautpaar wurde heute früh tot aufgefunden.

Bergleitet. Schlechter Geschäftsgang und Gram über den Tod seines Sohnes haben den 71 Jahre alten Photographen S. B. aus der Ritterstr. 80a in den Tod getrieben. Der Mann hatte früher in der Burgstraße und dann sechs Jahre lang in der Neuen Hofstraße ein Atelier. Das Geschäft ging schließlich so schlecht, daß er es aufgab und nach der Ritterstraße zog. Vor einem halben Jahre starb ihm ein 23-jähriger Sohn. Seitdem war er schwermütig. Am Montagmittag verließ er die Wohnung unter dem Vorwande, daß er einen Spaziergang machen wolle, kehrte aber nicht wieder zurück. Seitdem war er verschwunden, bis man ihn als Leiche im Tiergarten wiederfand. Dort hatte er durch Gift seinem Leben ein Ende gemacht.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes ist die aus der Gegend von Landsberg a. H. gebürtige Dienstmagd Marie Spehr verhaftet worden. Diese diente bei einem Gastwirt in der Georgenstraße. Als die Wirtin sie auf ihren veränderten Zustand aufmerksam machte, stellte sie ihn entschieden in Abrede, kündigte aber bald darauf und zog zu einem Salzwirt in der Jägerstraße. Hier nahm man nichts Auffälliges an ihr wahr. In ihrem Zimmer machte sie sich aber nach einiger Zeit ein übler Geruch bemerkbar, der immer härter wurde. Die Wirtin schöpfte Verdacht und verlangte von der Magd, daß sie einmal ihren Kleiderkorb öffne. Als sie sich fortgesetzt weigerte, ging schließlich die Wirtin gestern zur Revierpolizei, da der Geruch unerträglich wurde. Die Polizei fand nun in dem Korb in Papier eingewickelt die Leiche eines neugeborenen Knaben, die schon fast ganz verwest war. Das 28 Jahre alte Mädchen gab zu, den Knaben schon am 30. Januar, zwei Tage vor ihrem Weggange aus der Georgenstraße, geboren zu haben. Der Wirtin gegenüber behauptete sie, daß es sich um eine lebensunfähige Frühgeburt gehandelt habe, vor der Revierpolizei hielt sie jedoch diese Aussage nicht aufrecht, gab aber auch weiter keine Auskunft. Die Leiche des Kindes wurde beschlagnahmt, die Mutter in Haft genommen. — Gestern vormittag wurde abermals eine Kindesleiche gefunden. Sie trieb, in ein Stück einer Gardine eingewickelt, in der Spree und wurde an der Ebersbrücke gefanden. Nach dem Zustande der Leiche muß das Kind erst kurz vorher geboren worden sein.

Ein Kampf zwischen einem 80-jährigen Greise und einem tobjüchtigen jungen Manne rief heute in früher Morgenstunde in dem Hause Stralauerstraße 54 eine große Aufregung hervor. Hier hat im ersten Stock der 30-Jahre alte Dienstboten-Jabrikant Benedikt

Vernstein, der nur noch für sich allein arbeitet, mit seiner 74-jährigen Ehefrau und einer unversehrten Tochter eine Wohnung von vier Zimmern inne. Am 7. d. M. vernichtete die Leuchte ein möbliertes Zimmer an einem 27 Jahre alten, aus London stammenden Kaufmann August Walker. Dieser kam in der vergangenen Nacht um zwei Uhr betrunken nach Hause und machte ein paar Stunden lang in seinem Zimmer, das an die Schlafkammer der alten Leuchte anstieß, einen Heidenlärm. Kurz vor 4 Uhr erhob sich endlich der Greis, da es nicht mehr zum Aushalten war, schied sich an, ging zum Mieter in das Zimmer hinein und bat sich Ruhe aus. Seine Frau rief vom Bett aus noch, ob sie einen Arzt solle holen lassen. Diese Vorhaltungen brachten Walker in eine grenzenlose Wut. Er tobte nun erst recht, griff dem alten Mann nach der Kehle, bohrte ihn nieder und gab ihm, während er am Boden lag, unzählige Faustschläge auf den Kopf und den Mund. Der mißhandelte Greis versuchte sich zu wehren, konnte aber gegen die Uebermacht des jungen kräftigen und noch dazu tobjüchtigen Menschen nichts ausrichten. Auf das Hilfeschrei der Frau und Tochter kamen der Hauswart Walle und der Färbereiarbeiter Steinmar dazu, um den Greis von dem Wüterich zu befreien. Als sich dieser jedoch auch ihnen überlegen zeigte, holte Steinmar Hilfe von der nahe gelegenen Wache des 21. Polizeireviere. Sobald der Rasende den Schutzmann haben mit Steinmar kommen sah, drang er mit dem Rufe: „Mund, ihr Hunde!“ auf sie ein und fing an zu bozen. Hierbei schlug er dem Beamten einen Zahn aus. Da eine Ueberwältigung auf andern Wege nicht möglich war, so machte der Beamte den Wüterich durch zwei Säbelschläge über die Nase und den Hinterkopf unschädlich. Während man ihn dann mit Mühe fesselte, brachten drei andre Beamte den von den Verletzungen am Kopfe und von der Aufregung völlig erschöpften Greis nach der Wohnung des Hauswarts hinunter, wo man ihn erfrischte. Die Revierpolizei ließ dann zwei Klische Rettungswagen kommen, mit denen zwei Schutzmänner Vernstein sowohl wie Walker nach der Charité brachten. Der nächtliche Kampf regte auch die bejahrte Ehefrau des Ueberfallenen so auf, daß sie jetzt in ihrer Wohnung trank daniederliegt.

Die Kaiserin erlitt bei einem Spazierritt im Grunewald gestern nachmittags einen einfachen Bruch des linken Vorderarmes. Nach einer späteren Wolffschen Meldung ereignete sich der Unfall auf dem Wege vom Kaiser Wilhelm-Turm auf dem Karlsberg nach Jagdschloß Grunewald.

Drei Einbruchversuche wurden innerhalb einer Woche bei dem Weißwarenhandler S. Trummstr. 100, ausgeführt. Die Diebe wollten vom Keller aus, der durch eine Luke mit dem Laden verbunden ist, in diesen eindringen, fanden jedoch dadurch ein unerwartetes Hindernis, daß die Klappe vom Laden aus verstellbar war. Nachdem der erste Versuch erfolglos war, kehrten die Einbrecher zwei Nächte später wieder zurück, um mit Hilfe einer Brechstange die Klappe zu öffnen. Diese widerstand jedoch der Thätigkeit der Einbrecher, welche nunmehr in der folgenden Nacht zum drittenmal zurückkehrten und die Kellerschläge erbrachen. Diesmal wurden sie jedoch dem Anscheine nach gefürcht, ehe sie einen neuen Versuch, in den Laden zu kommen, machen konnten.

Feuerbericht. Ueber ein Dutzend Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Freitag früh gegen 3 Uhr wurde sie nach der Remelerstraße 43 gerufen, weil hier in einer Wohnung Betten, Kleidungsstücke u. in Brand geraten waren. Es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Weitere Wohnungsbrände mußten in der Frankestraße 3, Wittelsdorferstr. 9 und in der Krautstraße 16 abgelöscht werden. In der Hauptstraße wurden in allen Häusern Wäpfe, Decken und Gardinen beschädigt. In der Reichenbergerstraße 97 war durch die Explosion einer Petroleumlampe ein Brand entstanden, der aber noch in Keime erstickt werden konnte. Donnerstagsabends gegen 9 Uhr wurde die Wehr nach der Segelstr. 17 gerufen, wo in einem Keller Lumpen und Säcke brannten. Gleichzeitig mußten in der Wilhelmstr. 10 und in der Wienerstr. 20 kleine Brände beseitigt werden. Wäpfe und Vortieren hatten kurz darauf in der Rheinsbergerstr. 70 in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Oranienstr. 60 auf dem Hof ein Brand entstanden war. Außerdem hatte die Wehr noch von der Marienburgerstr. 5, Invalidenstr. 159 und noch von einigen andern Stellen Alarmierungen aufzuweisen, die jedoch nur ganz unbedeutende Brände betrafen.

Kirchenkonzert. Musikdirektor Otto Diemel hält Montag, den 30. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Marienkirche einen Orgelkonzert bei freiem Eintritt, in welchem die Gesangskolonnen von Frau Clara Windhoff Frauenchöre, Terzette, Duette und Trios ausführt. (Soli: Fel. Ancie Kempelen, Fel. Anna Petri, Fel. Gertrud Dietrich, Fel. Margarete Schmidt, Fel. Margarete Heinrich, Herr Georg Tempelstet u. a.) Außerdem wirken mit der Cellist Herr Otto Lormin, Herr David Ritter und Herr Paul Schnyder.

Trepion-Sternwarte. Der große Sonnenfleck, welcher jetzt sichtbar ist, wird bis Sonntag, den 29. d. M., bereits die Mitte der Sonne passiert haben. Starke Veränderungen sind an den letzten Tagen in ihm auf der Trepion-Sternwarte beobachtet worden. Da auch der Mars gerade am Sonntag in Erdnähe sich befindet, so wird Direktor Archenhold um 5 Uhr nachmittags über „Unser Wissen vom Mars“ sprechen und um 7 Uhr über „Die Sonne mit ihren Flecken und die Planeten.“ Von jetzt an bleibt die Trepion-Sternwarte während des ganzen Sommers bis 12 Uhr nachts für die Besucher geöffnet.

Der X. Kunstabend in Rixdorf, der am Sonntag, den 29. März, 7 1/2 Uhr im Realgymnasium stattfindet, ist der russischen Kunst gewidmet. Der erste Teil umfaßt russische Dichtungen: Lyrik, Drama, Roman und Novelle. Der zweite Teil bietet russische Musik: Kammermusik und Instrumentalvorträge (Geige, Cello, Klavier). Die Eintrittskarte im Vorverkauf kostet für diesen Abend 25 Pf. beginn. 45 Pf. Die Vorverkaufsstellen sind aus den Plakaten der Aufschlagstulen zu ersehen. Die Zahl der mitwirkenden Personen beträgt zehn.

Aus den Nachbarorten.

Friedenau. Am Montag, den 30. März, abends 8 Uhr findet im großen Saale des Hotel Rheinischloß, Rheinstr. 60, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Fritz Jubeil über: „Die bevorstehende Reichstagswahl.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Am Sonntag, den 29. März, findet eine Handzettel-Verteilung zu der Versammlung statt. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Grabe, Kaiser-Allee 85. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, an beiden Tagen pünktlich zu erscheinen.

Adlershof. Der Restaurateur Meißner, Widmarstraße, Ecke Adlgerfeld, veranstaltet an diesem Sonnabend ein Konzert mit nachfolgendem Tanz. Herr Meißner stellt seinen Saal der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung. Die Arbeiterschaft wird hiernach wissen, was sie zu thun hat.

Mühlensied. Wahlverein Bezirk Paulow. Morgen, Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Gasthof „Zur Sonne“ die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Genosse Bollheim-Berlin referiert über „Staatshilfe und Selbsthilfe“. Gäste, auch aus den Nachbarorten, sind willkommen.

Fischwalde. Die Parteigetrossen werden hierdurch nochmals auf die am Sonntag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, in Schmüdewitz im Lokal „Erdbeer-See“ (Zug-Road) stattfindende öffentliche Volksversammlung aufmerksam gemacht. Genosse David Sohn spricht über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Das Erscheinen



aller Genossen ist durchaus notwendig, da in dieser Versammlung das Wahlkomitee sowie die Delegierten zur Generalversammlung des Centralvereins gewählt werden müssen. Genossen, agitiert kräftig zu dieser Versammlung.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung am Donnerstag zunächst mit verschiedenen Straßen- und Bauarbeiten. Unter anderem wurde beschlossen, die Straße 87 am Herrbergplatz mit dem neuen Basaltcementsplaster zu versehen, nachdem die seit dem Jahre 1900 mit diesem Plaster nach dem Verfahren des Ingenieurs Robert Kiefferling-Altona an verschiedenen Stellen Rixdorfs gemachten Versuche ergeben haben, daß das Plaster geräuschlos, außerordentlich verkehrsfähig auch bei nassem Wetter, nicht sauer und leicht zu reinigen sowie haltbar ist, außerdem noch etwas weniger kostet als Plaster aus Granitsteinen vierter Klasse. Ein an der Weißstraße gelegenes Grundstück der Stadt, das 1898 zum Zwecke der Errichtung eines Schulhauses erworben wurde, soll durch Zukauf benachbarten Terrains vergrößert werden, damit dort statt des erst projektierten Schulhauses mit 24 Klassen ein solches mit 40 bis 42 Klassen errichtet werden kann. Die Versammlung stimmte dem zu. Gemäß einem früher gegebenen Versprechen legte der Magistrat der Versammlung die Entwürfe mehrerer Polizeiverordnungen zur Kenntnisnahme bezugnehmend vor. Zu dem Entwurf der Marktpolizei-Verordnung sprach Stadtrat Seltmann, indem er eine Aenderung des § 75 beantragte, worin es heißt: „Den Fleischern ist verboten, Kämme, Käse, Knochen und andre dergleichen weniger genehmbare Teile als Beilage zu dem Braten und Kochfleisch mit einzuwiegen. Diese Teile müssen vielmehr für sich allein und zu besonderen Preisen verkauft werden.“ Herr Seltmann als Sachverständiger des Fleischervereins glaubt, daß diese Bestimmung, soweit sie die Knochen betrifft, zu allerlei Missverständnissen gegenüber den Schlächtern den Anlaß geben kann. Er verlangt die Streichung des Wortes Knochen. Die Vertreter der verschiedenen Fraktionen teilten nicht seine Bedenken und erachteten eine solche Bestimmung für den Marktwert als angebracht. Der Antrag Seltmann wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Der im Entwurf vorgelegten Verordnung betreffend Festsetzung einer Schornsteinfeger-Stehrlöhntage stimmte die Versammlung ebenfalls zu, nachdem festgestellt worden war, daß an dem System der Bezirks-Schornsteinfegermeister und der Bezirkshandwerker, das auf Beschlüssen der oberen Kommunalbehörde beruht, nichts zu ändern sei, etwa durch Einführung der von einigen Seiten gewünschten freien Konkurrenz. Die Versammlung bewilligte ferner die erforderlichen Mittel zu einer Informationsreise des Stadtkaufmanns nach mehreren Städten Englands zwecks Beschaffung von Anlagen für Abwasserbeseitigung. Die Rixdorfer Entwässerungsanlagen sind in nicht zu ferner Zeit am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Eine Erweiterung nach dem bisherigen System ist aber wegen des erforderlichen zweiten Druckrohres und des Erwerbes neuer Rieselwerke mit sehr großen Kosten und Schwierigkeiten verknüpft. Der Stadtkaufmann soll sich nun darüber informieren, ob nicht an die weit billigere Einführung eines seit einigen Jahren in England angewandten Verfahrens, die Abwässer durch Grobfilter zu klären, zu denken ist.

Ans Rixdorf. Hohe Exzesse beging nachts der Maurerpolier Wilhelm Pieske aus der Panzerstr. 27 auf der Straße und in einem benachbarten Restaurant, mit dessen Besitzerin er früher ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Nachdem L. in angetrunkenem Zustande im Lokal allerhand Unfug verübt und sich mit anderen Gästen geprügelt hatte, begab er sich auf die Straße und zertrümmerte die Scheinwerfer des Lokals. Als er wieder in das Lokal eindringen wollte, trat ihm der Kohlerger H. entgegen und feuerte einige Revolverkugeln in die Luft. L. warf sich zur Erde, und da die sich ansammelnde Menge anmahm, er sei thätiglich von H. geschossen worden, fiel sie über H. her und riß die Handlung aus. Erst später stellte sich heraus, daß L. nur simuliert hatte. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Schöneberg. Einem Magistratsantrage zufolge soll wiederum die Dzier-Sexta der im vorigen Frühjahr errichteten Realschule des großen Andranges wegen einer Teilung mitgeteilt werden, nachdem bereits im vergangenen Herbst sich die Einschließung einer Wachs-Sexta erforderlich gemacht hatte. Zur Deckung des Unterrichtsbedarfes soll der Realschule ein Elementarlehrer mit 27 Wochenstunden übertragen und der Rest von 3 Stunden besonders honoriert

werden. Die auf 1700 M. veranschlagten Mehrausgaben dürften durch Mehreinnahmen an Schulgeld gedeckt werden. Die bessere Frequenz der Realschule scheint mithin auf Kosten der Mittelschule zu erfolgen. Das Verlangen einer fortgesetzten Ermäßigung der durchschnittlichen Befehlszahl der Volksschullehrer dürfte jedenfalls auch gerechtfertigt sein. Das vierte Polizeirevier in der Sedanstraße ist nach der Kolonnenstraße 48/40, Ecke Kriemhildstraße, verlegt worden. Die Einwohnerzahl Schönebergs beträgt jetzt nach den Feststellungen des Einwohner-Meldeamts 112 452 Seelen.

Steglich. Der „Vorwärts“ hatte in seinem Bericht über die vorlegte Gemeindevertreter-Sitzung die Thatfache festgesetzt, daß auch die Vertreter des Mietervereins gegen den Antrag ihres Genossen Rapp auf unentgeltliche Lehrmittel für die Volksschüler gestimmt hätten. Herr Weinhausen, auch Vertreter des Mietervereins und Vorsitzender desselben, suchte nun in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung das durch diese Abstimmung seiner Fraktionsgenossen wohl etwas rampontierte Ansehen des Mietervereins auf eigenartige Weise auszubessern. „An einer Legendenbildung vorzugehen“, glaubte er konstatieren zu können, daß er in der betreffenden Sitzung nicht anwesend war (was der „Vorwärts“ auch gar nicht behauptet hat!) und folglich der Bericht nicht richtig sei; übrigens wisse Rapp doch genau, welchen Standpunkt er in der Staatskommission vertreten habe. — Herr W. rennt hier offene Thüren ein, denn berichtigt hat er absolut nichts. Die Thatfache bleibt bestehen, daß die Vertreter des Mietervereins (selbstverständlich die anwesenden) gegen den Antrag Rapp gestimmt haben. Was Herr W. in Kommissionsitzungen sagt, kann doch der Berichterstatter des „Vorwärts“ nicht wissen, thut auch gar nichts zur Sache, da ja nur über öffentliche Sitzungen berichtet wird; auch die Berufung auf Genossen Rapp muß vollständig verjagen, da derselbe nicht den geringsten Einfluß auf die Berichterstattung ausübt. Das letztere mögen sich übrigens auch verschiedene andre Herren gesagt sein lassen, die ebenfalls Rapp mit Vorliebe für Berichte im „Vorwärts“ verantwortlich machen. Wir begreifen ja die unangenehme Lage des Herrn Weinhausen, können doch aber schließlich nicht dafür, daß seine Kollegen vom Mieterverein ihr „Programm“ so wenig kennen, daß sie in Abwesenheit Ws nicht wissen, wie sie zu stimmen haben, oder aber — daß sie auch in dieser Frage, wie in so mancher andern, einen andern Standpunkt vertreten, wie Herr W. Dafür den „Vorwärts“ verantwortlich zu machen, ist einfach unverschämlich.

Rosowes. Einen recht erfreulichen Aufschwung macht die Konsumvereins-Bewegung in unserem Orte. Der seit einem Jahre bestehende Verein zählt bereits über 300 Mitglieder und hat einen monatlichen Warenumsatz von über 10 000 M. Da die in der Wallstraße befindliche Verkaufsstelle infolge des fortgesetzten Mitgliederzuwachses den Ansprüchen nicht mehr genügt, so hatte der Vorstand für den 23. d. M. eine Generalversammlung einberufen, um die Genehmigung der Mitglieder zur Eröffnung einer zweiten Verkaufsstelle einzuholen. Diese Genehmigung wurde einstimmig erteilt. Es wird darauf im April noch eine Verkaufsstelle in der Lindenstraße errichtet werden. In genannter Versammlung war auch ein Mitglied der Groß-Einkaufsgesellschaft, Herr Poppe-Berlin, anwesend, welcher über den Zweck und die Einrichtungen dieser Gesellschaft referierte. Er drückte u. a. den Wunsch aus, daß die der Gesellschaft angeschlossenen Konsumvereine für ihre jährlichen Dividenden, welche von ersteren gezahlt werden, Anleihe der Gesellschaft erwerben möchten, um so eher ein Kapital zusammenzubringen, welches es der Gesellschaft ermöglicht, verschiedene Waren selber zu produzieren. In der Diskussion erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Referenten. — Nachdem vom Vorstande berichtet wurde, verschiedene Anregungen der Mitglieder bezüglich besserer Publikation der Bekanntmachungen des Vereins, Lieferung des Frauen-Genossenschaftsbüchleins etc. in Erwägung zu ziehen, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Friedrichshöhe. Vor einigen Tagen wurde von der hiesigen Schule ein sogenannter Eltern-Abend veranstaltet. Man mag noch so skeptisch über derartige Veranstaltungen denken, so steht doch fest, daß sich in dem engen Rahmen einer solchen vorberamtelte Lehrerschaft nebst Schulinspektion doch manche Anregung geben läßt. Da Socialdemokraten in Schulkommisionen nicht gebildet werden, so lassen sich bei einem Eltern-Abend Wünsche über Gestaltung des

Lehrplans etc. in aller Ruhe und Öffentlichkeit besprechen. Ob die Anregungen, die ein Genosse gab, nützlich werden, muß die Zukunft lehren. — Von einem in rasender Schnelligkeit fahrenden Automobil wurde ein aus der Schule kommender Knabe über die Straße hinweg von einem beim Aussteigen gefährt wurden, da der Wagen nicht richtig hielt resp. über die Haltestelle hinausfuhr. Verursacht man, daß dem Fahrpersonal an der Endstation, wenn die Fahrt ohne Aufenthalt von Station geht, nur eine Pause von 4 Minuten bleibt, so kann man dem Personal weniger Schuld bemessen als der Direktion. Das so oft gehörige Abhängen der Anhängelwagen geht stört weiter; in letzter Zeit geht man sogar so weit, an der schon so engen Kreuzung der Berliner- und Schloßstraße diese Arbeit vorzunehmen, trotzdem bis zur Endstation höchstens noch 5 Minuten Fahrt sind. An der Endstation fehlt es auch an einer Bedürfnisanstalt, die doch dringend notwendig wäre, da an beiden Zugangspunkten zur Endstation Schulhäuser liegen. Die Behörde fand anscheinend bisher noch nicht Zeit, diesen Uebelständen näherzutreten.

Jahreshilf. Der Wahlverein hielt am Sonntag, den 22. d. M. im Lokal von Mertins eine Versammlung ab, in welcher Genosse Walder Manasse einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Märzgedanken und die Aufgaben der Partei im Jahre 1903 hielt. Ferner beschäftigte sich die Versammlung eingehend mit der Lokalfrage in Rudow. Da dieselbe kein Lokal für Arbeiterversammlungen zu haben ist, wurde einstimmig beschlossen, das Lokal von Franz Reime, Bendastraße, als geeigneter zu betrachten.

Spandan. In der Bahnhofsstraße veranstaltet der Grundbesitzerverein heute, Sonnabendabend 8 Uhr im „Roten Adler“ eine Volksversammlung, um die Bürgerchaft zum Ausdruck ihres Willens darüber zu veranlassen, ob die Stadt dem Eisenbahnhöfen die verlangte Entschädigung für Höherlegung der Bahngleise und die Verlegung des Bahnhofes auf das rechte Gabelufer zahlen soll oder nicht. Da zu der Versammlung ausdrücklich sämtliche Steuerzahler zugelassen werden sollen und die Entschädigungsfrage die Arbeiter im hervorragenden Maße angeht, so werden unsere Parteigenossen ersucht, sich heute abend recht zahlreich in der Versammlung einzufinden.

## Vermischtes.

Elf Arbeiter durch Explosion verunglückt. In der Aluminiumfabrik von Eiermann u. Tabor in Stein bei Nürnberg ereignete sich am Mittwochmittag eine Explosion, wobei elf Arbeiter verunglückten. Dabei erlitten vier sehr schwere Brandwunden. Zwei Ärzte eilten sofort zur Unglücksstätte, desgleichen erschien aus Fürth die Sanitätskolonne. Vier Arbeiter sind am Oberkörper schrecklich verbrannt, die Haut hing den bedauernswerten Opfern teilweise förmlich vom Leibe. Am schwersten verletzt ist der Arbeiter Jädel aus Stein. Ein junger Arbeiter Namens Weßinger stürzte sich mit brennenden Kleidern in die vorbeistreichende Medizin, ein anderer wälzte sich im Sande. Das Glasdach ist durch die Wucht des Deuses zertrümmert und in Splittern weit umhergeschleudert worden. Durch die herumfliegenden Trümmer sind mehrere Arbeiter mehr oder minder verletzt worden. Die Werkstätte wurde erst vor einigen Jahren erbaut. Wie die Explosion entstanden, darüber wissen die dort Beschäftigten wenig zu berichten. Es erfolgte ein Knall und sofort war alles ein Feuermeer. Mit Mühe konnte der Ausgang gefunden und das Freie erreicht werden. Erst dort konnte man sich der Arbeiter, die teilweise lichtlos brannten, annehmen. Schwere verletzt sind die Arbeiter Jädel, Scheller, Weßinger und Loos. Schwere verletzt soll auch der Kassierer des Socialdemokratischen Vereins Stein, Genosse Raub, sein.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen die Hefte 13 und 14 des neuen Jahrgangs vor. „Der Goldmensch“, ein vollständiger Roman des ungarischen Dichters R. Jókai, erscheint als Hauptroman. Neben diesem gelangt die schillernde, dramatische und fesselnde Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Erdmann-Ghatian: „Jean Theresie“ zum Abdruck. Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pf. Bestellungen nehmen jeder Kolporteur sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Postzeitungsantrag Nr. 3854) entgegen. Wie können unsere Leser das Abonnement empfehlen. Beim Quartalswechsel sollten die Postabonnenten die Erneuerung des Abonnements nicht veräumen.

**Central-Theater**  
Wende 7 1/2 Uhr:  
**Gräfin Pepi.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr, halbe Preise: Die Schöne von New York.  
Abends 7 1/2 Uhr: **Gräfin Pepi.**

**Theater.**  
Sonabend, den 28. März.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyranus.** Das war ich — Wiener Baller.  
**Schauspielhaus.** Das große Licht. Teufel. Der arme Heinrich. Verlöbter. Das Köhlein von Hellbrunn.  
**Leßing.** Der Hinde Passagier.  
**Reuen.** Die Kreuzschneider.  
**Residenz.** Lull. (Louise).  
**Wesken.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Central.** Gräfin Pepi.  
**Thalia.** Der Posaunenengel.  
**Schiller O.** (Wagner-Theater.) Das zweite Gesicht.  
**Schiller N.** Friedrich-Wilhelmshöhe. (Theater.) Der Meister von Palma.  
**Belle-Alliance.** Pitt und Picket.  
**Carl Weiss.** Der Liebe Gebot.  
**Buntes.** Der Leibalte.  
**Luft.** Der Jongleur.  
**Kleines.** Nachtasyl.  
**Trianon.** Die Notbrücke.  
**Casino.** Elternlos.  
**Metropol.** Neuestes! Allerneuestes!  
**Apollo.** Lysistrata.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Steglich.** Stettiner Sänger.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Urania.** Tonnenstraße 48/40.

**Central-Theater**  
Wende 7 1/2 Uhr:  
**Gräfin Pepi.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr, halbe Preise: Die Schöne von New York.  
Abends 7 1/2 Uhr: **Gräfin Pepi.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.  
**Der Posaunen-Engel.**  
Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz. Gr. Tanzparodien. Artisten-Revue. Theaterspiel als Spreewälder-Amme.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Maria Stuart.**

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Lutti (Louie).**  
Schwank in 4 Akten von Pierre Verber.  
Morgen- und folgende Tage: **Lutti.**  
Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Seine Kammerzofe.**

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22. Früher: Fern-Palast.  
9 Uhr. 9 Uhr.  
**Meine Best.**  
Vollständiges mit Gesang von H. Schulz.  
Wucht von Kosten.  
Nur noch wenige Tage:  
**Mary Ellys** und  
**Das Elite-März-Programm.**  
Morgen: Dieselbe Vorstell.  
Abf. 8 Uhr, Sonn. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

**Sanssouci.**  
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängers.**  
Nach jeder Soirée:  
**Tanz-Kränzchen.**  
Ken!  
**Sieg! Dir blies nicht'n Kapp an die Hochzeit.**  
**Säle zu Festlichkeiten.**

**Luisen-Theater.**  
**Lumpaci vagabundus**  
Morgen: 3 Uhr zu kleinen Preisen: Der Roll-Glückwünscher.  
8 Uhr: Robert und Bertam.  
Montag: Lumpaci vagabundus.  
Dienstag: Die Anne-We.  
Mittwoch: Zum 1. Male: Die Geierwäls.  
Donnerstag: Lumpaci vagabundus.

**Urania.**  
Taubenstraße 48/40.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Im Hirsaal um 8 Uhr;  
Dr. B. Donath: Das Einheitsmaß der Wärme und der Arbeit.

**Sternwarte**  
Invalidenstraße 57/62.  
**Metropol-Theater.**  
Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.  
**Emil Thomas a. O., Josef Josephi, Henry Bender.**  
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz.  
300 Mitwirkende.  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Cirkus Schumann**  
Sonnabend, den 28. März 1903, abends 7 1/2 Uhr:  
**High-Life-Soirée.**  
Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:  
**Miss Alix**  
mit ihrem Motor Car  
**Looping the Hoop.**  
Ausserdem das vorzügl. Programm und  
**Die lustigen Heidelberger.**  
Morgen: Zwei Vorstellungen. Nachmittags die reizende Pantomime **Pierrot's Weihnachten** und der **Bombonegen.** In beiden Vorstellungen **Looping the Hoop.**

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11 Uhr.  
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Boxkampf**  
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis.  
**Bernhard Marx, Humorist.**  
**Marie Werder, Soubrette.**  
Ganz Berlin verbricht sich noch immer den Kopf über **AGA** die schwabende Jungfrau.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Abendtäglich 8 Uhr:  
Sensationeller Erfolg!  
**„Pick und Pocket“.**  
Schwank mit Ges. u. Tanz in 3 Akten. Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen: **Kabel und Rede.**

**WINTER-GARTEN**  
Humbert, Harry Atkinson, She, Little Carlson, Arras-Duo, gymnast. Produktionen. Miss Sisy Nirvana, Lebende Bilder.  
**Circling the Circle.** Operetten-Sängerin.  
**Annie Dirkens, Gabriela Juniori, Pariser Soubrette.**  
Neues Ballett-Ouverture. „Das Fest des Lucullus“ in 6 Bildern, darunter **Cake Walk.** Der „Biograph“.

**Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.**  
Jeden Tag:  
**Militär-Konzert.**  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**  
Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor **Vincenzo Ferrara** konzertieren.

**Carl Weiss-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Liebe Gebot.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Morgen: **Der Liebe Gebot.**

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtasyl.**  
**Apollo-Theater.**  
Heute: **Lysistrata** (Victori a. G.). Um 9 1/2 Uhr: **Erstklass. Spezialitäten.** **Cake-Walk.** 5 Barfussländlerinnen. Sonntagnachm.: **Frau Luna** (Kl.Pr.). Sonntagab.: **Die schöne Galathée.** Montag und Dienstag: **Galathée.** Mittwoch, samstags: **Gesindeball.**

**Carl Weiss-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Liebe Gebot.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Morgen: **Der Liebe Gebot.**

**Carl Weiss-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Liebe Gebot.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Morgen: **Der Liebe Gebot.**

**Buntes Theater.**  
**Der Leibalte.**  
31. März: Opern-Aufführung des Eichelberg'schen Konservatoriums: **Cavalleria rusticana, Hänsel und Gretel.** Billets an der Tageskasse.

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Sonntag 7, Montag 8 Uhr.

**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank der Berliner **Sockbrauerei.**  
**Grosser Bock-Trübel.**  
Um 10 Uhr abends Einzug **Gambinus** mit Gefolge.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Unterstadtstraße.  
**Die Notbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gösse und Francis de Croisset.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die Liebesschaukel.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstraße 16.  
Auftreten des Direktors **Robert Dill** anlässlich sein. 15jähr. Bühnenjubiläum:  
**Der Trompeter v. Säckingen.**  
Morgen: **Gr. Jubilar-Feierball.**

**Casino-Theater**  
Lößlingerstr. 37.  
**Neu! Elternlos, Neu!**  
Vorher: „Frühling u. Lieder“ etc. Abf. wochentags 8, Sonn. 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: **Lenore, die Grabesbraut.** Dazu Auftreten **Janki Spezialitäten.**

**Gratweils Bierhallen**  
Theater u. Variété Kommandanten - Straße 77/79.  
Direktion: **Carl Haverland.**  
Täglich: **Gr. Vorstellung.**  
**Das grosse amüsante März-Programm.**  
Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:  
**TANZ.**

**Königstadt-Kasino.**  
Polzmannstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Erstklassige Spezialitäten.  
**Ich heirate meinen Mann.**  
**Franz Sobanski.**  
Abf. Sonnab., Sonn.: **TANZ.**  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer **Uk-Trio.** Stralanderstr. 1.



# Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Das zweite Gesicht.**  
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenhof.  
Sonntagmittag 3 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Probekandidat.**  
Montagabend 8 Uhr:  
**Don Gil.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelms-Theater).  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
Dramatische Dichtung in 5 Akten  
von Adolf Wilbrandt.  
Sonntagmittag 3 Uhr:  
**Helmut.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
Montagabend 8 Uhr:  
**Sappho.**

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

**Die Delegiertenwahlen zum Verbandstag**  
finden am **29. März** statt und zwar in der Zeit von **vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr.**

Gewählt wird in folgenden Lokalen:  
**S. 80.:** Gewerkschaftshaus, Saal 1.  
**W. (Zschneberg):** D. Kump, Bülowstr. 59.  
**NW. (Wobbit):** Kronenbrauerei, All-Neubitt 47.  
**O.:** R. Klein, Gr. Frankfurterstr. 133.  
**N.:** H. Ribbenroth, Bodstr. 42/43; J. Bernau, Schwedterstr. 23; B. Raabe, Kolbergerstr. 23.  
**O. (Schöneberg):** C. Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18.  
**Weihensee:** B. Schmutz, König-Chaussee 38.  
**Charlottenburg:** Volkshaus, Köpenickerstr. 3.  
**Steglitz:** F. Schellhase, Hornstr. 15a.  
**Rixdorf:** E. Rerier, Steinmetzstr. 11a.  
**Spandau:** F. Böhle (vorm. Kahlke), Ramekestr. 5.  
Die Stimmzettel werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt.  
Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.  
Die Vertrauensleute haben unter allen Umständen den Mitgliedern die Bücher auszubändigen.  
Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Klempner.**  
Bekanntmachung.

Das Kassenlokal befindet sich vom 30. März ab ab Zschnebergstr. 27/28. Gedruckt an den Sonntagen von 8 bis 1 Uhr. 2106

Am Sonntag, den 5. April er., vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5, die **General-Versammlung** der Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Verlesung der Protokolle. 2. Bericht des Rechnungsprüfers und des Kassierers. 3. Bericht über den Kassenstand. 4. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Reste**  
Inhaltlich für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw.  
Tuchfabrik - Niederlage  
Koch & Seeland, Berlin C, Köpferstr. 2.

**Baustellen** in Erkner, Neu-Zittau, Dabendorf, Blute von 8 Mk., 15 Mk. v. Bahnhof Grünau, Blute von 20 Mk. an, bequeme Zahlungsbedingungen, vert. Schulz, Rixdorf, Köpferstr. 202.

**Schmökewitz, Restaurant Seddinsee.**  
Den geehrten Vereinen und Gesellschaften empfehle ich mein großes und herrlich am Wald und Wasser, bis-an-nid der Berliner Schweiz, gelegenes Restaurant. Stelle die billigsten Dampfer.  
A. Noack.

**Schmökewitz Gasthaus zur Palme**  
(Endstation der „Störn“-Dampfer)  
Inhaber: Hermann Peter. Grünau No. 39.  
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferwege, Regelmäßige, große Kaffeehäuser, Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

**Brotts Gesellschafts-Haus.**  
Erkner am Dameritz-See.  
3 Minuten vom Bahnhof - herrlich am Wald und Wasser gelegen - empfiehlt sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geehrten Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmen Ausflügen. 2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Saal für 1500 Personen. Sonnabende und Sonntage nach für Vereine zu vergeben. 4172

**Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „ 0,75 „**  
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres. Schirme zu außerordentlich billigen Preisen. Mützen, Krawatten. 7812  
**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallierstraße.**

**Repetitionswecker**, innerhalb 7 Minuten 9 mal laut wecken, Mk. 3,75. - **Prima Wecker** leuchtend, Mk. 5.-, nicht leuchtend, Mk. 2,60. **Remontoirs** in Metall Mk. 4,75 und 6.-, in Silber von Mk. 10.- an. **Regulateure**, Nussb. Schlagw. Mk. 8.-. **Uhrketten** in grosser Auswahl.  
2 Jahr. Garantie. - **Illustr. Katalog** auf Wunsch kostenfrei. Umtausch oder Zurückgabe gestattet.  
**Eug. Karecker, Tasches-Uhren-Fabrik und Versandt, Lindau i. Bodensee 600**  
Der genaute Wecker ist grossartig geht gut (schreibt ein Kunde)

**Jede Uhr** zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutes nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Deutsch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. **Dulaten-Frauring 900 gelb.** 1/2, Dulaten 15,50, 2 Dulaten 30,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eßt Rathenower Bräuen, Vincenz, Opernplätzchen. 2052  
T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Bilderrahmenmacher!**  
Montag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstraße 123:

**Branchen-Versammlung.**  
Der Obmann.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
NB. Die Kollegen werden ersucht, umgehend mit den Billets vom Vergnügen abzurechnen. 80/10

**Verband der Möbelpolierer.**  
Heute abend werden in sämtlichen Zahlstellen Beiträge entgegengenommen und um 8 1/2 Uhr in Weihensee, König-Chaussee 55:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Wie wählen die Mitglieder ihre Rechte bei den Krankenkassen? Referent: Genosse **Haffner**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.  
145/17  
Der Vorstand.

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 29. März 1903, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstraße 27c:

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Beerwald über: „Grundzüge der Ernährung“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Gäste haben Zutritt.  
64/5  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Sattler.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30. - Fernspr. VII, 1959.

Sonntag, den 29. März, vorm. 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:  
**Branchenversammlung der Treibriemen-Sattler.**

Tages-Ordnung:  
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und wie können dieselben verbessert werden? Referent: Kollege **Somke**.  
2. Bericht der Agitationskommission.  
Kollegen! Es liegt in Eurem eigenstem Interesse, in dieser Versammlung zu erscheinen. (150/12)  
Die Ortsverwaltung.

**Steinarbeiter!**  
Montag, den 30. März 1903, abends 8 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:  
1. Die Entwicklung und der fernere Ausbau unserer Organisation. Referent: Kollege **Paul Wiegand (Pina)**.  
2. Sind die Schriftstauer gewillt, ihren Tarif hochzuhalten?  
Um zahlreiche Beteiligung besonders der Schriftstauer ersucht.  
172/10  
Der Vertrauensmann.

**Bilanz per 30. September 1902.**

Activa		Passiva	
Mk. 2000	303,80	Ver. Geschäftsguthaben der Genossen	297,75
Brot-Conto	65,96	Kassa-Conto	62,78
Bier-Conto	40,45	Gas-Conto	90,-
Schulden-Conto	6,72	Referendats-Conto	290,74
Gas-Rentions-Conto	40,-	Rabatt auf Brot	600,-
Bücherei-Altenheim-Conto	400,-	Geheim- und Verlust-Conto	9,16
Comptoir-Conto	100,-		
Stall-Conto	500,-		
Bogen-Conto	1150,-		
Herde-Conto	1600,-		
	4257,03		4257,03

Am Laufe des Geschäftsjahres sind 5 Mitglieder eingetreten. Zum Schluß desselben sind aus: 21 Mitglieder infolge Abzuges, 1 infolge Ablebens. Am Jahreschluss gehörten der Genossenschaft 235 Mitglieder an, deren Gesamtsumme 2975,00 Mk. betrug. Das Geschäftsguthaben bezugl. der Kassasumme hat sich im Geschäftsjahre um 35,00 Mk. vermehrt.  
Berlin, 20. März 1903. 2415

**Bäckerei-Genossenschaft Volksbrot**, mit beschränkter Haftung.  
Der Vorstand:  
August Bartow, Hermann Berz, Duncker, Paul Hallensleben, Kohlmann.

**4/10 Bier-Ausschank! 4/10**  
Eröffnung am Sonnabend, den 28. März, nachmittags 5 Uhr, im Rotbühnenstr. 13 ein **Bötzow-Ausschank**, a Glas 10 Pf., mit warmer Küche, wozu ergeblich einladet  
**Friedrich Duchow.**

**bewährteste Nahrung für**  
**Kufeke's Kinder**  
gesunde, magen-darmkranke Kinder.

Ein donnerndes Hoch unserem Genossen **Julius Michaelis** zum 70. Geburtstag. 2158  
Die Genossen des 150. Bez.

Unserm lieben Freund und Genossen **Julius Michaelis** zum 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche und ein donnerndes Hoch. Seine Freunde K. H. A. B. R. W. sen. R. W. Jun. W. W. M. G. W.

**Steinarbeiter.**  
Am Mittwoch starb unser Mitglied, der Steinmetz  
**Alex Hasse.**  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus Friedrichshagen (Eingang Kirchhofstraße) nach dem St. Georgen-Kirchhof in der Landsberger Allee statt. 172/11  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Am 27. März, früh 2 Uhr starb nach längerem Leiden unser lieber Sohn und Bruder, der Lithograph  
**Hermann Pingel**  
im 27. Lebensjahre. 2305  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Westfälischen Kirchhofs in der Röllkestraße aus statt.  
Die tiefbetrübten Eltern und Geschwister  
**Familie Kabschitz,**  
Schäferstr. 53.

Am Mittwoch, den 25. d. M., abends 11 Uhr, wurde unser lieber Kollege, der Schriftstauer

**Georg Herok,**  
im 38. Lebensjahre von seinem langen, schweren Leiden durch den Tod erlöst.  
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven, modernen Freund und Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
Berlin, den 27. März 1903.  
Die Kollegen der  
**„Vossischen Zeitung“.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom August-Hospital, Schanzenstraße, nach dem neuen Johannis-Kirchhof bei Bismarck (unter dem Schäferhause) statt. 2396

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 25. März, mein lieber Mann, unser Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Steinmetz  
**Alex Hasse**

im 35. Lebensjahre nach langen Leiden sanft entschlafen ist. 23015  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus Friedrichshagen aus nach dem Georgenkirchhof, Landsberger Allee statt.

Für die wohlthunende Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau  
**Hedwig Kohl**  
sage ich allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. 2326  
Max Kohl und Sohn.

Allen Verwandten und Freunden, sowie dem Gesangsverein „Neue Zeit“ und den Kollegen der Bekanntheit von Reup für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Tischlers **Paul Müller**, den herzlichsten Dank. 9982  
Die Hinterbliebenen.

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Drechsler und verw. Gewerbe.**  
Sonntag, den 5. April 1903, vormittags 10 Uhr,  
im **Dresdener Garten**,  
Dresdenerstr. 45:  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung.**

Wozu die Herren Vertreter eingeladen werden. 271/20  
Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Bericht der Revision. 3. Statutenänderung § 14. Punkt: Die in Verordnungsstellen übermiesigen Kranken Mitglieder erhalten Mittagessen und Abendgeld. 4. Wahl eines Beamten. 5. Bericht und Wahl der Beschwerde-Kommission. 6. Verschiedenes.  
Der Vorstand: G. Bräunow, Vorf.

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Uhrmacher Berlins.**  
Dienstag, den 7. April, abends 9 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24: 2515  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Kassendbericht. 2. Abänderung des § 29 resp. des ersten und lebenden Kapitels betr. Erhöhung der Beiträge. 3. Verschiedenes.  
Hierzu werden die Vertreter eingeladen.  
Der Vorstand:  
G. Litsch, Vorsitzender.

**Steidl-Theater**  
Nur noch kurze Zeit  
die Sotreen der beliebten  
**Steidl-Sänger**  
Man muß das Steidlsche Lebensbild  
**Wasserratten**  
gesehen haben. Eintritt, Besoff.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Eintritt 50 Pf. Sperrst. 1,00.

**Tuchstoffe**  
Paletotstoffe - Chevots, Reste  
spottbillig  
Tuchlager  
Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.

**Landparzellen**  
am Bahnhof Biesdorf,  
1. Station hinter Lichtenberg,  
Stadtbahnverkehr - sichert.  
Quadratruhe 12 i. d. an,  
1/2, Anzahlung. In Gartenboden.  
**Nieschalke, Rieger u. Co.,**  
87/14 Gontardstr. 5.  
Verkäufer auf dem Terrain.

**A. Stippekohls Restaurant**  
Köpenick, Schönefelderstr. 5.  
Arbeiter-Verkehrsort. Für gute  
Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

**Versuche Dein Glück!**  
in bekannter Glückskollekte  
**J. Rosenberg**  
51 Kommandantenstrasse 51.  
Königsberger Lose a 3 Mk.  
Sofortige Auszahlung von Gewinnlosen aller Lotterien.

60 000 Ctr. Kohlen  
vert. Josef Fischer billig ab sein. Heid.  
Lagerplatz, Brombergerstr. 19, Haupt-  
geschäft, Romintenerstr. 10, Zweig-  
geschäft. 2432  
100 St. Seifenb. Briff. nur 50 Pf.  
100 Nietenlohlen 7<sup>o</sup> 60  
Die best. Kohlen a. d. Westfäl. Märkte.  
100 St. Nietenlohlen 7<sup>o</sup> nur 70 Pf.  
1 Ctr. Bruchlohlen nur 65  
1 „ engl. Anstrich nur 1,75 3/4

**Roykäufe** nebst Brat beschreiben  
sich d. Puffl. Unschädlich. Er-  
folg überauschend. In Drog. 50 Pf.  
En gros Norris Zahn & Comp.

**Dr. Simmel, Prinzen-**  
Str. 41, 163/16  
Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

**SPECIALITÄT:**  
**Solide bürgerl. Einrichtungen**  
von 250-3500 Mark.  
**Bar oder** 9102\*  
**Teilzahlung**  
Kein  
Kaufzwang.

**Möbel**  
Keine Ladenmiete  
Geringe Unkosten  
Kleiner Nutzen  
Grosser Umsatz  
Roelle Ware  
Niedrige Preise  
Coul. Bedingungen

**Wilh. Misch**  
Berlin NO.,  
Gr. Frankfurterstr. 45-46, 1.  
Illustr. Katalog gratis u. franco.

**Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.**  
**Anzüge nach Mass von 25 Mk. an**  
**M. Schulmeister**, Dresdenerstr. 4  
am Kottbuser Thor.  
Schneidermeister. 6341\*







Das Blumenmedium vor Gericht.

Fünfter Tag.

Eine Stelle des gestrigen Verichts ist dahin zu berichtigen, daß die Mitteilungen, die Frau Rothe bei einer Gelegenheit über Erlebnisse im Trance machte, wobei man sie in den Arm, in die Augen u. gestochen, sich nicht auf die Charité bezogen, sondern auf anderwärts abgehaltene Sitzungen in Chemnitz.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung teilt Landgerichtsdirektor Marx mit, daß die Verteidigung einen Antrag gestellt habe, eine Frau Richter aus Dresden, die sich gemeldet habe und über ihre Wahrnehmungen in mehreren Sitzungen auszusagen möchte, zu vernehmen. Der Vorsitzende erklärt, daß es dann nötig sein würde, die Sache zu vertagen und Frau Richter kommissarisch vernehmen zu lassen.

Die Geister unterm Tisch.

Zeuge Dr. Spagier hat drei Sitzungen beigewohnt und berichtet ähnliche Dinge, wie schon vor ihm andre Zeugen. In der dritten Sitzung erhielt er den Eindruck, daß Frau Rothe nicht einwandfrei sei, und daß deshalb abgelehnt, ein Protokoll, welches in der spiritistischen Zeitung veröffentlicht werden sollte, zu unterschreiben. Er hat nämlich wahrgenommen, daß eine Kralie, welche Frau Rothe als Apport zum Vorschein brachte, nicht in der Luft schwebte, sondern von ihr an der Seite ihres Körpers befestigt wurde. Die Trancereden standen über dem geistigen Niveau der Angeklagten. Der Zeuge behauptet u. a. noch einen Vorfall, bei dem jemand unter dem Tische Blumen gesehen habe. Es habe den Eindruck gemacht, als ob jemand mit dem Fuße die Blumen weggehoben hätte. Frau Rothe habe bei dieser Gelegenheit gesagt: Sehen Sie nur, wie die Geister arbeiten! Erstaunlich sei es gewesen, daß ein zwei Centner schwerer Tisch mit vier Auszugspatzen sich dreimal hoch in die Höhe hob und zwar ganz geräuschlos, wie eine Feder. Er habe versucht, den Tisch in die Höhe zu heben, es sei aber nicht möglich gewesen. — Rechtsanwält Dr. Thiele: Sie sind also der Meinung, daß Frau Rothe in einem echten Trancezustand sich befand, wenn sie ihre Reden hielt? — Zeuge: Darüber kann ich Bestimmtes nicht angeben. — Vert.: Wachten denn die Trancereden einen eingeleiteten Eindruck? — Zeuge: Sie waren im pastorellen Ton gehalten. — Präsi.: Daß Frau Rothe eine Menge Erbauungsbücher gelesen, steht ja fest. Daraus kann sie sehr wohl solche Reminiscenzen bewahrt haben. — Vert.: Ist Frau Rothe, bevor sie bei Ihnen eine Sitzung abhielt, untersucht worden? — Zeuge: Ja, aber wohl nur oberflächlich.

Nichts Unnatürliches.

Bildhauer Paul Bischoff: Er selbst sei in gewissem Grade Spiritist und habe eine Sitzung mit der Frau Rothe beigewohnt. Was er da gesehen, habe absolut auf natürlichem Wege vorgebracht werden können. Er habe nichts gesehen, was er sich nicht hätte erklären können. Kamenlich habe er bemerkt, daß Frau Rothe vor jedem Blumenapport die Hände unter den Tisch hielt. Bei einiger Aufmerksamkeit habe man stets voraussehen können, in welchem Moment ein Apport kommen werde.

Überhand Wundergeschichten

Brachte dagegen der Fabrikant Otto Reinicke, der durch Studium der spiritistischen Litteratur darauf gekommen ist, selbst zu erproben, was Wahres an der Sache sei, und hat selbst Experimente gemacht. Die ersten Versuche mißlangten, bis vor einigen Jahren sein 15-jähriger Neffe hinzugezogen wurde, der sich als ganz vorzügliches Medium erwies. Mit Hilfe dieses Mediums sind in seiner Wohnung ganz ungläubliche, wunderbare Dinge passiert. Er habe mit seinen eignen Augen gesehen, wie ein Tisch durch die ganze Stube passierte, dann umgeworfen wurde, so daß die Beine nach oben kamen. Ein andermal, wo in der Dämmerstunde eine Sitzung abgehalten wurde, ist plötzlich durch irgend eine Intelligenz das Gas angezündet worden. Die Rothe sei vom Bahnhof abgeholt worden, sie habe im Wohnzimmer die Garderobe abgelegt und sei auf das sorgfältigste untersucht worden. Er habe während der Sitzung neben Jentsch sich postiert, seine Frau habe neben der Rothe gesessen, und es habe bei den Apporten keinerlei Betrug unterlaufen können. Die Apporte gelangen alle vortrefflich. Auf Befragen des Rechtsanwält Dr. Thiele bejaht der Zeuge, daß die Rothe auch plastische Visionen gehabt habe. Der Zeuge gibt einige Beispiele dafür. Was er gesehen, habe er hier der Wahrheit gemäß unter seinem Eide bekundet. Er habe sich durch das, was er erlebt, überzeugt, daß es unbekante Naturgesetze gäbe. Wenn auch seine Freunde es nicht glauben und ihm sagen: „Mensch, Du bist ja verrückt, wie kannst Du so etwas glauben?“ so bleibe er doch dabei: Die Phänomene beruhen auf wahren Thatsachen; ich selbst und andre ehrenwerte Zeugen haben es erlebt!

Modellschüler Weschel: Er sei überzeugt, daß es sich in den Sitzungen um echte Phänomene handelte, jede Taschenspielerlei sei ausgeschlossen.

Zeuge Hermann Wunderlich: Er habe Phänomene gesehen, die mit der Theorie des Spiritismus im Einklang waren. Das traf namentlich bezüglich der Flugbahn der Apporte, die ganz eigenartig ist, zu.

Modellschüler Hermann Griede ist Spiritist und hält alle Woche in seiner Familie Circle ab. Er habe die Rotheischen Sitzungen besucht, um selbst zu prüfen, aber nichts entdeckt, was auf Betrug schließen lasse. Er fühle sich nicht geschädigt. Er habe selbst gesehen, daß eine nebelige dunkle Masse entstand und eine Apfelsine daraus hervorgebracht wurde. Es erkläre sich dies aus der Theorie der Umhüllung von Stoffen in Atome und Zurechtbildung derselben. — Rechtsanwält Dr. Thiele: Beschreiben die Apporte eine blaue Flugbahn? — Zeuge: Ja.

Zeuge Magnetiseur Rosen hat zwei Sitzungen mit der Rothe mitgemacht. Schon bei der ersten Sitzung, so sagte derselbe aus, passierte mir etwas Erstaunliches. Frau Rothe sagte bei meinem Eintritt zu mir: Kommt nicht noch der andre Herr herein? Auf meine Antwort, daß niemand bei mir sei, meinte sie: es sei wunderbar, sie sehe doch einen großen, breitschultrigen blonden Mann mit kranchem Haar. Diese Beschreibung paßte nun sonderbarer Weise auf einen meiner Bekannten, der verstorben ist. Ich sollte auch fragen, ob er es wirklich wäre und ich nannte seinen Vornamen. Im Verlauf der Sitzung sind mir dann Mitteilungen der Angeklagten über diesen Herrn gemacht worden. Diese Thatsache hatte auf mich schon einen überzeugenden Eindruck gemacht. Die Rothe gab mir die linke Hand, plötzlich war in meiner Hand ein weißes Blatt; die Intelligenz sprach von Glück und Leben und sagte in Bezug auf das Blatt: Dies bin ich selber — verweilt, vergangen! Ich muß betonen, daß ich nicht befangen, sondern ganz nüchtern in die Sitzung gekommen bin, sehr scharf aufgepaßt, aber nichts gesehen habe. Gegen die Apporte machte ich einige Bedenken geltend. Da versiel dann aber Frau Rothe in Trance, breitete die Hände aus und sprach, als wenn die Intelligenzen es sagten: „Schaut her, wie wir es machen!“ Sie streckte die Fingerspitzen zusammen und plötzlich fielen 40 bis 50 Blätter und Blätter aus ihren Fingerspitzen herab auf den Tisch. Dies war für mich sehr überzeugend. Sie hat ihm auch einen Strauß aus der Weste geholt, aber nicht etwa in der Art der Taschenspieler. Ich hatte in jener Sitzung keinen Grund, anzunehmen, daß Betrug vorlag, aber auch keine Handhabe für das Gegenteil.

Verdächtige Manipulationen des Jentsch.

Etwas stutzig hatte mich das Verhalten des Jentsch gemacht, derselbe erschien mir nicht zu eifrig. Bezahlt habe ich nichts, als ich Bezahlung leisten wollte, hat Jentsch dies mit der

Bemerkung abgelehnt, ich sei ja Gefinnungsgenosse. Bei der zweiten Sitzung war die Sachlage ganz anders. Es waren in einem verhältnismäßig kleinen Räume etwa 30 Personen anwesend. Frau Rothe hatte wieder ein ganz eng anliegendes Kleid an, der Tisch war unbedeckt. Jentsch fragte noch, ob der Tisch bedeckt werden sollte, Frau Rothe meinte aber, daß es nicht nötig sei. Im übrigen war Frau Rothe aufgeregt und sagte plötzlich: In diese Gesellschaft gehe ich nicht hinein! Jentsch war ganz erschrocken und fragte, warum nicht? worauf die Rothe erklärte: sie habe solche Angst, daß sie da erfinde. Sie hat sich dann wieder beruhigt und zu mir gesagt: Sehen Sie sich doch in meine Nähe, denn Ihre Emanation (Ausstrahlungen) ist mir sympathisch. Die Sitzung begann mit einem Gebet, welches Jentsch sprach. Das machte auf mich einen unangenehmen Eindruck, denn zu einer religiösen Kundgebung war niemand ungeeigneter als Jentsch, der mit seinen blinzelnden Augen einen sehr listigen und verschlagenen Eindruck machte. Wenn es sich überhaupt um eine Schuld handelt, so hat nach meiner Meinung Herr Jentsch die Hauptschuld. Er mag die Sache nicht ehrlich angeht haben.

Hr. Schreiber kennt die Rothe schon aus Chemnitz, wo bei einem Herrn Müller Sitzungen abgehalten wurden. Ihr ist es aufgefallen, daß Jentsch mitunter Störung machte, um die Aufmerksamkeit abzulenken. Die Menge der apportierten Blumen ist der Zeugin etwas verdächtig vorgekommen.

Forderungen der Geister.

Die Zeugin Frau Steinmann hat nichts Verdächtiges bemerkt. Sie behauptet, daß sie durch Vorkommnisse in ihrer Häuslichkeit dem Spiritismus zugeführt worden sei. Sie habe eine Nichte, die sie als Waise zu sich genommen, die ohne, daß sie etwas davon wußte, hellsehend war. Ebenso hatte sie ein mediales Dienstmädchen. Die Nichte habe dann, nachdem sie ein halbes Jahr hellsehend gewesen, Trancereden gehalten. Ebenso hat das Mädchen die Thatsache vorausgesagt, daß dem Bruder der Zeugin die linke Hand abgenommen werden würde, sie habe einer Bekannten eine wirklich eingetretene Krankheit vorausgesagt. — H.-A. Dr. Thiele: Wie alt ist jetzt Ihre Adoptivtochter? — Zeugin: 21 Jahre alt. Sie ist in Dresden verheiratet. — Vert.: Dann möchte ich beantragen, diese Frau zu laden. — Staatsanw. Friedheim: Was will der Verteidiger mit der Zeugin beweisen? — Rechtsanwält Dr. Thiele: Ich will damit beweisen, daß es wirklich Leute giebt, die hellsehend sind. Wenn jene Frau dies hier unter ihrem Eide bekundet, so ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch Frau Rothe diese Gabe der Hellscherei besitzen kann. — Sachverständiger Dr. Henneberg macht darauf aufmerksam, daß die vernommene Frau Ulrich die bekannteste und berühmteste Berliner Trancerednerin sei.

Ein Hellschender.

Zeuge Reinick verweist darauf, daß ja auch der soeben erst vernommene Zeuge Weschel hellsehend sei. — Präsi.: Zeuge Weschel, treten Sie einmal vor. Sind Sie hellsehend? — Zeuge: Ja, ich sehe manchmal Gestalten? — Präsi.: Haben Sie solche auch bei den Sitzungen der Frau Rothe bemerkt? — Zeuge: Ja, wohl. Als aus Frau Rothe der Geist Jwinglis sprach, habe ich hinter ihr deutlich eine Gestalt stehen sehen. — Präsi.: Wie sah denn die Gestalt aus? — Zeuge: Es war ein solpulerter Herr mit starkem Haar, der, während Frau Rothe im Trance redete, hinter ihr stand und gestikuliert. — Staatsanwält Friedheim: Was hatte denn die Gestalt für eine Kleidung an? — Zeuge: Der Mann trug einen hellen Anzug, einen Sommeranzug mit Jackett. — Präsi.: Wissen Sie denn, wer Jwingli war? — Zeuge: Ich weiß nur, daß er Reformator war. — Präsi.: Wissen Sie, wann und wo er gelebt hat? — Zeuge: Nein. Ich habe sein Gesicht deutlich erkannt. Ich habe auch das Friedheim hinter der Frau Rothe gesehen, es war ein Mädel von etwa 10—12 Jahren. — Rechtsanwält Dr. Thiele: Wie lange haben Sie denn die Erscheinung gesehen? — Zeuge: Etwa eine halbe Stunde, dann war sie verschwunden. — Vert.: Folgte denn die Erscheinung der Frau Rothe oder blieb sie unbeweglich stehen? — Zeuge: Herr Verteidiger, Sie müssen sich die Sache so vorstellen, daß die Erscheinung eine Art Nebelgebilde ist. — Der Verteidiger verzichtet auf die Ladung der Zeugin aus Dresden und beantragt nunmehr, den von einem Zeugen genannten Briefträger Böhm, der hellsehend sein soll und im Postamt in der Blumenstraße amiere, zu laden. Außerdem soll noch ein anderer Hellschender Mann als Zeuge geladen werden. — Rechtsanwält Dr. Thiele (zum Zeugen Weschel): Zwingt Sie denn irgend eine Macht oder Gewalt, wenn Sie hellsehend werden? — Zeuge: Nein. Das kommt so bei der Arbeit. Plötzlich sehe ich Leute, mit denen ich gar nicht in Beziehungen stehe, dann sind sie plötzlich weg. — Präsi.: Haben Sie heute solche Erscheinungen gehabt? — Zeuge: Nein. — Dr. Henneberg: Seit wann haben Sie diese hellsehende Eigenschaft? — Zeuge: Seit zwei Jahren. — Der Gerichtshof beschließt, die vom Verteidiger vorgeschlagenen Zeugen zu laden.

Jentschs Abneigung gegen die Wissenschaft.

Die nächste Zeugin, Frau Kara, bekundet u. a., daß Jentsch nicht all und jeden zu den Sitzungen zuließ. Kamenlich wollte er studierte Herren möglichst fernhalten, einige wurden aber doch zugelassen. Sie hat nichts von einem Betrage bemerkt. Ihr schien es so, als ob die Apporte nicht aus der Luft, sondern von unten herauf kamen.

Magnetiseur Geist, früher Versicherungsbeamter, erklärt, daß er nicht dem Spiritismus, sondern dem Occultismus anhängt. Nach seiner Erfahrung ist Jentsch bei der Auswahl der Teilnehmer an den Sitzungen sehr vorsichtig gewesen und war namentlich darauf bedacht, alles, was einen wissenschaftlichen Anstrich hatte, fernzuhalten. Sogar einen Rechtsanwält wollte er nicht zulassen. Er habe gesehen, daß die Blumen stets von unten und nicht von oben kamen, sondern mit großem Geschick nach oben befördert wurden. Er habe femer gesehen, daß die Rothe in der Hand ein Gewächs hatte, das sich zeigte, als die Hand geöffnet wurde. Jentsch und die Rothe sollten sich u. a. gerührt haben, daß dem Hofprediger Söder ganze Palette Blumen aus der Brusttasche gezogen worden seien.

Weitere Verdachtsmomente.

Dem Zeugen ist es aufgefallen, daß Jentsch nach den Vorfällen in Dramenburg bei Herrn Gerling, die hier in Aussicht genommene Sitzung immer hinausgeschoben und schließlich auch zu vereiteln wußte. Die Rothe müsse ein ungeheuer scharfsinniges psychologisches Wesen besitzen, denn sie wußte Personen, die wirklich mißtrauisch waren, zu entfernen. Es ist dem Zeugen femer aufgefallen, daß die Angeklagte während der Sitzungen stets möglichst umfangreiche Personen neben sich hatte. Vert. Dr. Thiele: Hielten sie die Trancezustände für echt? — Zeuge: Jawohl, so lange bis ich bemerkte, daß sie die Augen in einer Weise bewegte, wie es in einem solchen Zustande nicht üblich ist. Auch war sie in ihren Bewegungen viel zu sicher.

Zeuge Weyel hat für eine Sitzung 3 M. bezahlt, was er nicht gehen haben würde, wenn er gewußt hätte, daß es Spiegelstecherei war.

Zeuge Bäckermeister Lange hat sechs Mark für eine Sitzung bezahlt und fühlt sich ebenfalls geschädigt. Er glaube nicht an die Blumenapporte, denn er habe Handbewegungen der Rothe gesehen, als ob sie die Blumen ihrem Körper entnahm.

Frau Lange, die Ehefrau des Vorzeugen, bekundet, daß sie nur aus Neugierde zu einer Sitzung gegangen sei. Sie habe genau gesehen, wie die Rothe beim Spenden der Blumen in die Tasche griff.

(Pause.)

Im Dunkeln ist gut munkeln.

Die Vernehmung des folgenden Zeugen, Oberleutnant Assistenten Auhaupt, nimmt längere Zeit in Anspruch. Er erklärt, daß er Spiritist sei und Frau Rothe durch Vermittlung ihres Anwalt Jentsch bewogen habe, eine Sitzung bei ihm zu veranstalten. Er nehme es auf seinen Eid als Staatsbeamter, daß er von der Echtheit der Apporten überzeugt war. Es sei eine eigentümliche, aber in ahre Erscheinung, daß die Sitzung nicht gelinge, wenn die Zahl der Skeptiker in der Gesellschaft überwiege. Woher das komme, könne er sich nicht erklären, aber jedenfalls sei es notwendig, daß die Sympathie der Anwesenden für das Medium überwiege. Als Herr Gerling dann die Frau Rothe als eine Betrügerin öffentlich gedemütigt habe, sei er wieder etwas mißtrauisch geworden, und um seine Zweifel nach der einen oder andern Richtung hin zu heben, habe er sich mit Jentsch in Verbindung gesetzt, um die Rothe zu einer besonderen Sitzung in seiner, des Zeugen, Wohnung zu bewegen. Das Vorhaben sei ins Werk gesetzt worden und am 15. Oktober habe eine Sitzung stattgefunden, wobei alle nur erdenklichen Vorsichtsmaßregeln zur Anwendung gekommen seien. Frau Rothe mußte sich nach ihrem Eintreffen einer Untersuchung durch die Ehefrau und Schwägerin des Zeugen unterwerfen. Wie er später erfahren habe, sei die Untersuchung allerdings keine allzu gründliche gewesen. Dann wurde die Rothe in ein Zimmer geführt, aus welchem alle Möbel entfernt worden seien. Er sei der Ansicht, daß sich alles innere und äußere Leben naturgemäß am besten im Dunkeln entwickle. Sei dies doch auch beim Samenorn, beim Kind im Mutterleibe usw. der Fall. Er habe deshalb das Experimentierzimmer nur notdürftig erleuchtet lassen. Ferner sei es durch einen Vorhang in zwei ungleiche Hälften geteilt worden. In den kleineren Raum habe man die Rothe geführt. Sie sei hier in einen Sack gesteckt worden, der ihr bis an den Hals reichte und hier zusammengeknüpft wurde. Der Sack sei aus neuer Leinwand hergestellt worden und mit doppelten Nähten versehen gewesen, die einer genauen Beschäftigung unterworfen wurden. Frau Rothe wurde mit einer starken Schnur über den Kopf viele Male umwickelt und die Nähte wurden an den Seiten und hinten verriegelt. Dann ließ man sie hinter dem Vorhang allein. Nach kurzer Zeit hörten die Anwesenden, daß hinter dem Vorhang etwas zu Boden fiel und genau nach sieben Minuten sei die angeklagte völlig befreit von jedem Anhängel hinter dem Vorhang hervorgetreten. Der Sack wurde untersucht, er lag am Boden, die Siegel waren unversehrt und ebenso die Nähte wie die Schnur.

Der wandernde Tisch.

Zum Thema der Tischklopferei sei ihm früher noch ein merkwürdiger Fall passiert. In einer Sitzung, die Frau Rothe abhielt, habe die ganze Gesellschaft um einen schweren Tisch gesessen. Als die Rothe in den Trancezustand verfallen war, habe der Tisch angefangen sich zu heben und ein eigentümliches Klopfen habe sich vernehmen lassen. Dabei habe die Angeklagte aber nicht unmittelbar an Tische gesessen und auch ihre Hände seien mit dem Tisch nicht in Berührung gekommen. Die Angeklagte habe dann zu einer 60-jährigen ehrwürdigen Dame, die ihr gegenüber saß, gesagt: Es ist der Geist Ihres Mannes, der sich vernehmen läßt. Der Tisch habe darauf eine wiederholte Bewegung nach der alten Dame zugemacht. Diese habe nach einer Weile gesagt: „Geh doch auch mal zu meinem Sohn!“ Sofort habe der Tisch seine Richtung geändert und sei zu dem bezeichneten jungen Herrn gewandert. Die ganze Gesellschaft habe dann die Hände auf den Tisch gelegt und trotzdem habe derselbe sich auf kurze Zeit vom Fußboden erhoben und frei in der Luft geschwebt.

Frau Richter aus Leipzig ist gestern von dort hierher gekommen, um Zeugnis abzulegen. Bei den Sitzungen, denen sie beigewohnt, habe Frau Rothe sehr schöne Apporte hervorgebracht, Blumen und Wilder. Einmal hat Frau Rothe in Gegenwart noch anderer Frauen unendlich viel prachtvolle Blumen über die Frauen gestreut. Es war eine seltene Blumenpracht, man zählte schließlich etwa 130 Blumen, und zwar war dies zu einer Zeit, wo sie sehr viel Geld hätte ausgeben müssen, um solche Blumen zu kaufen.

Schreibapperte.

Darauf tritt die Zeugin Mittelstädt noch einmal vor und überreicht einen Zettel. Dieser sei in einer Sitzung auf unbegreifliche Art geschrieben worden. Frau Rothe seien damals sieben unbeschriebene Zettel überreicht worden, sie habe sie alle sieben, übereinander gelegt, in die Hand bekommen, die Hand unter den Tisch gesteckt und im Nu seien alle sieben Zettel mit grohen und kleineren Sprüchen beschrieben gewesen. Jede Schrift sei anders gewesen.

Zeuge Bankassistent Karl Stading soll auf Antrag des Staatsanwält erst nach seiner Vernehmung bereidigt werden. — Präsi.: Sie beschäftigen sich mit Spiritismus? — Zeuge: Ja, in meinen Pausenstunden. — Präsi.: Daß Sie sich in Ihren Pausenstunden damit beschäftigen, habe ich auch nicht vorausgesehen. — Der Zeuge bekundet, daß er zahlreiche Sitzungen in Gesellschaft von Vertretern und Vertreterinnen der Aristokratie mitgemacht und er könne sagen, daß die Rothe bei den Apporten keine Taschenspieler-Kunststücke gemacht habe. Ihre Apporte kamen tadellos — selbst wenn Jentsch nicht dabei war — und waren entzifferbar echt. Einmal hat sie dem Zeugen ein Eisstück überreicht, durch das eine Anemone hindurchgewachsen war, ein andres Mal hat sich ein Offizier davon überzeugt, daß ein Buch, welches Frau Rothe in die Hand nahm, unbeschrieben war und dann sehr schnell etwa 20 Seiten mit verschiedener Handschrift beschrieben waren. Einmal seien so viel Blumen von oben herab gekommen, daß ein anwesender Arzt geradezu sprachlos war. Ein Schreibapperte, bei welchem zahlreiche Blätter eines Buches beschrieben wurden, während andre Blätter Figuren zeigten, sei von Dr. Reininghaus in den „Spiritistischen Blättern“ genau beschrieben worden. — Der Zeuge wird bereidigt.

Ein spiritistischer Theoretiker.

Pensionierter Gymnasialprofessor Karl Sellin, 70 Jahre alt, ist seit 32 Jahren mit dem Spiritismus beschäftigt; dieser sei keine Lehre, sondern eine Reihe von Thatsachen, die allerdings dereinst zu einer neuen Lehre, nämlich der Lehre vom Geist, von dem Leben nach dem Tode führen werden, der Lehre, daß die Espäre drüben mit dem Erdenleben in fortwährendem Komex steht. Er brauche wohl in dieser Beziehung nur an Kant und seinen Brief an Hr. v. Knobloch zu beweisen. Frau Rothe habe er in vielen Sitzungen beobachtet, insbesondere habe er in Chemnitz in Gegenwart des Dr. Paul Möbius drei- bis viermal Gelegenheit gehabt, die Rothe ohne Gegenwart des Jentsch zu beobachten. Er berichtet von vielerlei wunderbaren Phänomenen, Klopftönen u. dgl., die Frau Rothe hervorgebracht habe. An der physikalischen Mediumschaft der Frau Rothe habe er nicht den geringsten Zweifel. Er habe auch die „Intelligenzen“ darüber zur Rede gestellt und ihnen gesagt, es sei doch nicht recht, daß sie durch die Apporte ihr Werkzeug in die Lage brächten, Mißdeutungen und Verdächtigungen ausgesetzt zu werden. Er habe die Antwort erhalten, er könne beruhigt sein, denn die Apporte stammten aus entfernten Orten, wo die Blumen in so großen Massen vorhanden seien, daß von einer Verschüttung des Eigentums nicht die Rede sein könne. Er pflege auch den Intelligenzen gegenüber seinen Standpunkt zu vertreten und habe ihnen gesagt, sie sollen das doch lieber bleiben lassen. Er habe auch einmal einen Apport in Gestalt eines Medaillons erhalten, welches er aber nicht annehmen wollte und es auf den Tisch legte, indem er das Friedheim hat, es wieder mitzunehmen. Friedheim aber habe gesagt: „Lieber Dunkel, laß das. Ich kann es nicht wieder mitnehmen.“ Er habe es dann an sich genommen, aber dem



